

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40 Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenspreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonell-Zeile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Drey, Druck von G. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Eine Reform des Arbeiterrechts.

II.

Mit vollem Rechte weist Herr Dr. Fleisch darauf hin, daß es nicht genüge, den Arbeiter in seiner Stellung als vollberechtigter Staatsbürger gegen die Gewalttätigkeit des Kapitals zu schützen, sondern daß es auch vonnöten sei, seine wirtschaftliche Stellung zu sichern und zu festigen. Hier sehen wir am deutlichsten, wie weit sich der moderne Liberalismus unter dem Einfluß des Sozialismus von seinen Vorgängern alter Schule entfernt hat. Der ursprüngliche Liberalismus hatte die uns heute geradezu kindlich anmutende Meinung, daß ein rechtlich und politisch freier Mensch ganz von selbst auch wirklich frei sei; dieser menschenfreundliche Irrtum berücksichtigt nicht, daß rechtliche Freiheit und soziale Gleichheit in der Luft schweben, wenn sie nicht auf einer wirtschaftl. Grundlage ruhen, und daß nur der wirtschaftlich starke und gesicherte Mensch von seinen politischen Rechten und seiner sozialen Gleichberechtigung Gebrauch machen kann. Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Arbeiters ist es gerade, die seine rechtliche Freiheit und soziale Gleichheit zu einem Hohn auf die Wirklichkeit macht. Aus dieser Kenntnis heraus fordert Dr. Fleisch ein positives Eingreifen der Staatsgewalt in das Wirtschaftsleben zugunsten der unermöglichten Volksschichten und eine zielbewusste, tatkräftige Beschränkung der kapitalistischen Raubtierfreiheit. Er fordert nicht mehr und nicht weniger als den Schutz des Arbeiters vor übermäßiger Ausbeutung seiner Arbeitskraft und die Sicherung des Besitzes der zur geordneten Lebensführung für den Arbeiter und seine Familie unentbehrlichen wirtschaftlichen Güter. Wie hätte sich der Vater Staat, den Lassalle den „Nachtwächterstaat“ nannte, wohl auf den Tod erschrocken, wenn man ihm das Ansinnen gestellt hätte, er solle die Arbeitskraft des Proletariats gegen den Raubbau des Ausbeutertums schützen und den Arbeitsertrag des Arbeiters vor räuberischen Zugriffen sichern!

Und dieses Ansinnen stellt Dr. Fleisch an den modernen Staat. Ja er geht noch weiter und fordert staatliche Einrichtungen, die die Existenzmöglichkeit des Arbeiters und seiner Familie bei unerschulbeter Arbeitslosigkeit (Krankheit, Unfall, Alter und Arbeitsmangel) gewährleisten. Der weitere Ausbau der Sozialgesetzgebung und ihre Erfüllung mit wahrhaft sozialem Geiste, sowie eine staatliche Arbeiterfürsorge in weitestem Maße soll den Arbeiter vor Not und Elend bewahren und ihn gegen das Versinken ins Lumpenproletariat schützen. Auch in bezug auf das heute bestehende Lohnsystem erscheinen Maßregeln angebracht, die dem Arbeiter das Existenzminimum gewährleisten, und außerdem wird Staat und Gemeinden die Pflicht auferlegt, dem Arbeiter seine Lebensführung zu erleichtern durch Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts, der Kranken- und Wöchnerinnenpflege und der Beerdigungen, sowie durch Maßnahmen zur Minderung der Säuglingssterblichkeit, zur Kräftigung schwächlicher Kinder usw. Selbstverständlich muß auch eine Zoll-, Steuer- und Finanzpolitik eingeschlagen werden, die die unteren Volksschichten nicht systematisch ausraubt, sondern die ihnen eine auskömmliche Lebenshaltung ermöglicht.

Ganz besonders legt Dr. Fleisch noch Wert darauf, daß von Seiten des Staates Maßregeln ergriffen werden, um die Ausbildung und Erziehung der heranwachsenden Arbeiterjugend und die Entwicklung der geistlichen Persönlichkeit des erwachsenen Arbeiters zu fördern und zu unterstützen. Als solche Maßregeln nennt er insbesondere: a) Verbot der gewerblichen Kinderarbeit, Vorschriften zur Erhaltung der Frauenarbeit für die Familie (Beschränkung der gewerblichen Arbeit der Frau, Hauspflege), Fürsorge für das Wohnungswesen (die Wohnfrage ist Lohnfrage), durch Hilfe der öffentlichen Gewalt — Wohnungsgesetz; Regelung des Städtebaues; Fürsorge für die Wohnungsergänzungen, d. h. für die Veranlassungen, die zur Ergänzung der engen Mietwohnungen erforderlich sind: Erholungsplätze; öffentliche Parks; Kindergärten; Kinderhorter usw. b) Einrichtungen zur geistlichen Fortentwicklung der Arbeiter selbst (Fortbildungsschulwesen, Fortbildung für Erwachsene, Volksvorlesungen, öffentliche Bibliotheken usw.), die vom Staat, von Vereinen oder von einzelnen Arbeitgeberern für ihre Arbeiter (Arbeitermehrschulungsanstalten) errichtet werden können, die aber stets unter gleichberechtigter Mitwirkung derjenigen, für die sie errichtet sind, verwaltet werden müssen.

Ein umfangreiches, sachkundiges und wertvolles Programm ist es, das Dr. Fleisch als Grundlage eines neuen Arbeiterrechts in Vorschlag bringt, und wir Gewerkschaftler können seinen Vorschlägen und Forderungen unumwunden zustimmen. Fraglich ist nur, ob und inwieweit es möglich sein wird, den heutigen kapitalistisch verfaulenden Staat zu dessen gewünschtem Eingreifen zu veranlassen resp. zu zwingen. Leicht wird dies unter keinen Umständen sein, das brauchen wir unsern Lesern wohl nicht erst zu sagen, und wir befürchten, daß noch eine geraume Zeit vergehen wird, ehe es gelingt, auch nur einen wesentlichen Teil dieses Programms in die Wirklichkeit umzusetzen. Der unter dem Einfluß des Großkapitals stehende Staat bezeigt augenblicklich noch verheerend wenig Lust, tatkräftig zugunsten der Arbeiter einzugreifen und dem Ausbeutertum energisch die Zähne zu zeigen. Ueber diese Tatsache können alle schönen Redensarten von sozialem Königtum, Arbeiterfürsorge usw. nicht hinwegtäuschen. Das bekannte „warme Herz“, das die

Regierungsvertreter bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit auf den Tisch des Hauses niederlegen, ist ja ein wunderschönes Dekorationsstück, hat aber in der Praxis wenig Wert. Denn nirgends so sehr wie auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes gegen kapitalistischen Raubbau gilt das alte Wahrspruch, daß das Maulspitzen nichts hilft, sondern daß gepiffen werden muß. Darum haben die Arbeiter heutzutage mehr denn je die schwierige Aufgabe, auf die maßgebenden Faktoren in Staat und Gemeinde ihren Einfluß auszuüben, damit die Arbeiterpolitik aus dem Nebel der Redensarten auf den Boden der Wirklichkeit übergeführt wird. Die Arbeitermassen müssen ihr Gewicht als Bürger und Wähler in die Waagschale werfen und sich politisch betätigen.

Bei der politischen Betätigung zum Zwecke einer wirklichen Sozialreform spielt natürlich die Stellung der verschiedenen Parteien in dieser Frage eine wichtige Rolle. Ganz folgerichtig zieht deshalb Herr Dr. Fleisch auch die augenblickliche Parteikonstellation in den Bereich seiner Erörterungen. Hier stellt er den Grundsatz auf, daß die Arbeiter keine Partei bei den Wahlen unterstützen dürfen, die die Herrschaft des Kapitals über die werttätigen Schichten der Bevölkerung in der heutigen Form aufrecht erhalten wollen. Dieser Grundsatz bedarf keiner weiteren Begründung. Es wäre ja auch der reine politische Selbstmord, wenn die deutschen Arbeiter auch nur eine einzige Stimme jenen Parteien geben würden, die die Ausbeutung und Entrechtung des Kapitals zu verewigen trachten und deshalb alles das bekämpfen, was geeignet ist, die Umwandlung des Arbeitsverhältnisses aus einem Gewaltverhältnis in ein Rechtsverhältnis zu befördern. Ein halbwegs denkender Arbeiter handelt auch demgemäß, und es ist nur zu bedauern, daß es noch weite Arbeiterschichten gibt, die sich als Stimmvieh zu arbeiterfeindlichen Zwecken mißbrauchen lassen.

Was die andern Parteien anbetrifft, die wirklich bereit sind, die arbeiterfreundliche Politik zu unterstützen, so meint Dr. Fleisch, daß es den Arbeitern freistehen müsse, sich nach bestem Ermessen zu entscheiden. Da er sich auf den Boden der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung stellt und als bürgerlicher Politiker jedes weitergehende Streben nach Sozialisierung der Gesellschaft ablehnt, so erscheint diese Stellungnahme von seinem Standpunkt aus ganz verständlich. Wir wollen mit ihm deshalb nicht darüber rechten. Wenn er aber die Ansicht durchschimmern läßt, als ob die Sozialdemokratie infolge ihrer „Spekulationen und Prophezeiungen über die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft“ gewissermaßen die sozialpolitische Gegenwartsarbeit vergäße, so ist das ein Irrtum. Gerade die sozialdemokratischen Arbeitermassen und im speziellen die sogenannten sozialdemokratischen Gewerkschaften haben noch in jedem Augenblick bewiesen, daß es ihnen, unbeschadet ihrer sozialistischen Gedanken und Forderungen, mit der Arbeiterfürsorge auf dem Boden der herrschenden Wirtschaftsordnung heiliger Ernst ist. Was sie im Kampfe um ein neues Arbeiterrecht bislang geleistet haben, das sollen ihnen die ultramontanen und freijüdischen Arbeiter erst einmal nach machen.

### Teile und herrsche.

„Die Gründung der Unternehmerverbände war deshalb eine unbedingte Notwendigkeit, damit die „unberechtigten“ Forderungen“ der Arbeiter zurückgewiesen werden konnten“, so und ähnlich ist es fortwährend in der Schlaraffenland der Arbeiter zu lesen, und die Handlanger der Unternehmer sagen dies Sprüchlein bei jeder Gelegenheit aus, wenn es gilt, in der Öffentlichkeit die kultur- und volkswirtschaftliche Tätigkeit der Schlaraffenlandverbände zu rechtfertigen. Nach dieser Behauptung zu urteilen, besteht die Aufgabe der Schlaraffenlandverbände nicht darin, die Forderungen der organisierten Arbeiter nach einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage zu vereiteln, sondern nur die „unberechtigten“ Forderungen sollen zurückgewiesen werden. Darüber zu bestimmen, was als „unberechtigtes“ Forderung anzusehen ist, behalten sich natürlich die Unternehmer als ihr alleiniges Recht vor, und jede Forderung, die bisher von den Arbeitern gestellt wurde, ist noch immer von ihnen als „unberechtigt“ angesehen.

In der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Industriellen, die am 9. Dezember des vorigen Jahres im „Hotel Adlon“ in Berlin stattfand, hat der bisherige Geschäftsführer dieser Organisation, Herr Generalsekretär Bued, einmal ohne die übliche Wastierung den Zweck der Unternehmerverbände klargestellt. Und daß er dabei nicht nur seine persönliche Meinung sagte, sondern der Stimmung der Unternehmer überhaupt zum Ausdruck brachte, hat der „fürnützige Reich“ bewiesen, den die Versammlung ihrem scheidenden Führer sollte. Zusammenfassung der Unternehmer, unter Überwindung der aus heillosen Gründen herbeigeführten Spaltung der Industrie, in dem festen Willen, große Opfer zu bringen, und in der unerschütterlichen Absicht, die Gewerkschaften niederzwingen, zu zerstückeln, zu vernichten, das muß das Ziel sein, etwas anderes gibt es nicht“, das war die Parole, die von Herrn Bued ausgegeben wurde und die, wie eben schon bemerkt, bei seinen Zuhörern freudige Zustimmung fand. Diese Parole besagt ja im Grunde nur dasselbe, was bei früheren Gelegenheiten von den Herren Vogel, Zille, Fellermeier und andern tonangebenden Führern der Unternehmerverbände als Kampfpapale gegen die Arbeiterorganisationen proklamiert wurde, aber Bued hat hier einmal frei von der Feder geredet; er hat einmal nicht die Sprache gebraucht, um die Gedanken zu verbergen, sondern um sie auszudrücken.

Der grenzenlose Haß der Schlaraffenlandverbände und ihrer Führer gegen die Organisationen der Arbeiter, der aus den Worten Buedes spricht, hat erstenscheinweise aber bisher nicht vermocht, das Wachstum der Gewerkschaften und ihren fortwährenden steigenden Einfluß im Wirtschaftsleben zu verhindern. So selbst so ein fanatischer Arbeiterfeind wie Herr Bued mußte in Berlin konstatieren, daß er die Stärke der Arbeiterorganisationen in den letzten Jahren unterschätze hätte. Und resigniert zählte er die gewaltigsten Kämpfe auf, die im vorigen Jahre

zwischen Arbeitern und Unternehmern stattgefunden haben und bei denen die letzteren besiegt wurden.

Trotz dieser Niederlagen der Unternehmer soll der Arbeiterkampf der Entschleunigung ihres Waffenarsenals, bei dem es sich um die völlige Vernichtung ihrer Organisationen handeln soll, nicht erspart bleiben. Die Vorbedingung zu diesem entscheidenden Schlage soll durch den Ausbau und die Zentralisation der Unternehmerverbände, durch „Ansammlung eines ausreichenden Kriegsfonds und durch die Verschärfung“ strafgesetzmäßigen Bestimmung für die Arbeiterklasse erreicht werden.

Eine unsehlbare Wirkung scheinen sich die Herren Schlaraffenlandverbände aber auch von diesem Mittel nicht zu versprechen, und bei der Suche nach Vereicherung ihres Waffenarsenals sind sie auf den Gedanken verfallen, sich aus der Arbeiterklasse selbst die nötige Hilfe zu verschaffen, wenn es gilt, ihre schwarzen Pläne zu verwirklichen. Arbeiter selbst sollen durch ihre Tätigkeit und ihr Verhalten bei Lohnkämpfen den Unternehmern helfend zur Seite stehen, sollen die eigenen Klassenangelegenheiten recht- und einflusslos machen. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ gibt in ihrer Nr. 52 vom 25. Dezember vorigen Jahres diesem Gedanken unverhohlenen Ausdruck, indem sie schreibt: „Doch auch noch so gründlicher Reorganisation der Verteidigungskräfte des Unternehmertums in der angegebenen Richtung (Ausbau der Unternehmerverbände, bessere Zentralisation, Beschaffung von Geldmitteln usw. D. V.) dürfte es bei dem jetzigen Stand der Dinge kaum gelingen, einen ausschlaggebenden Wechsel der Verhältnisse herbeizuführen, wenn nicht den Arbeitgebern aus der Arbeiterklasse selbst heraus ein Bundesgenosse gegen den sozialdemokratischen Gegner entsteht.“ Aus dieser Äußerung geht hervor, daß das Unternehmertum sich allein nicht mehr für stark genug hält, den Kampf noch erfolgreich gegen die klassenbewußte Arbeiterklasse führen zu können, und daß es hierzu der Mithilfe aus der Arbeiterklasse selbst bedarf.

Bezeichnenderweise ist in der zitierten Stelle nur die Rede vom Kampf gegen den sozialdemokratischen Gegner, womit im Jargon der „Arbeitgeber-Zeitung“ die freien Gewerkschaften gemeint sind. Demnach soll sich der Entscheidungskampf nur gegen die freien Gewerkschaften richten, während die kirchlich-Dunderschen Gewerkschaften und die Zentrums-Gewerkschaften nicht davon betroffen werden sollen. Das heißt vorläufig sollen diese nicht davon betroffen werden, damit man erst einmal mit der ganzen Wucht über die freien Gewerkschaften allein herfallen kann. Wenn diese erst einmal auf eine längere Zeit kampfunfähig gemacht sind, dann würde es ja ein kleines sein, auch die andern Organisationsrichtungen an die Wand zu drücken, wenn diese etwa un bequem werden sollten. Fast scheint es ja auch so, als wenn die Unternehmer mit ihrem Liebeswerben bei den gegnerischen Organisationen Gehör finden sollten. Besonders die Bergarbeiter wissen ja von dem Verhalten der Zentrums-Gewerkschaften in den letzten Monaten ein Vieles zu singen. Bei diesen Verbänden scheint die Ermahnung der Unternehmer und deren Handlanger, sie möchten sich von dem „Kabilalismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften“ befreien, schon Erfolg gesiegt zu haben.

Die Bundesgenossenschaft der kirchlich-Dunderschen Gewerkschaften und der Zentrums-Gewerkschaften scheint den Schlaraffenlandverbänden aber nur eine unzureichende Hilfe, und deshalb soll die Förderung der Verbände eine der Hauptaufgaben der Unternehmer in der Zukunft sein. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ kalkuliert folgendermaßen: Die Vernichtung der freien Gewerkschaften ist nur möglich durch die Generalauspeerrung. Infolge der großen Mittel, welche den ausgesperrten Arbeitern zur Verfügung stehen, werden sich diese Kämpfe aber recht langwierig gestalten. Wiederholen sich diese Kämpfe nun mehrmals, dann werden dadurch die mittleren und kleineren Unternehmer schwer benachteiligt, ihre Siegesgewissheit und Widerstandskraft wird geschwächt und dadurch die Verbände des Werk- und vaterländischen Arbeitervereins können „holz“ sein auf die Judasrolle, die ihnen die „Arbeitgeber-Zeitung“ und deren Hintermänner zugedacht haben. Wenn diese Arbeiter nur eine Spur von Klassenbewußtsein besitzen, dann müssen sie gegen eine solche Zumutung, den Verräter an ihren eigenen Klassenangelegenheiten zu spielen, protestieren. Statt dessen beifügen sie auf ihren Tagungen die brutalsten Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse. Die Geistesverwandtschaft mit den Hinzugehörigen Knüttelhelden liegt klar zutage. Trotzdem muß sich die „Arbeitgeber-Zeitung“ mit dem Gedanken abfinden, daß ihr arbeiterfeindlicher Plan sich in größerem Umfang und auf die Dauer nicht realisieren lassen wird. Das Klassenempfinden der Arbeiter wird sich trotz aller Gewaltmaßnahmen und trotz aller Demagogie auf die Dauer doch nicht unterdrücken lassen.

Uso teile und herrsche, das ist der Grundgedanke, nach dem verfahren werden soll; auf diesem Fundament soll die Herrschaft der Arbeiterfeinde aufgebaut werden. Gerich, das hier in Vorschlag gebrachte Mittel hat den Reiz der Neuheit längst verloren, denn es wurde schon recht oft angewandt. Aber gegenüber dem bisherigen Zustand soll die Zersplitterung und die Verberbung der Arbeiter untereinander noch systematischer und planmäßiger betrieben werden. Und die Mitglieder der Werk- und vaterländischen Arbeitervereine können „holz“ sein auf die Judasrolle, die ihnen die „Arbeitgeber-Zeitung“ und deren Hintermänner zugedacht haben. Wenn diese Arbeiter nur eine Spur von Klassenbewußtsein besitzen, dann müssen sie gegen eine solche Zumutung, den Verräter an ihren eigenen Klassenangelegenheiten zu spielen, protestieren. Statt dessen beifügen sie auf ihren Tagungen die brutalsten Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse. Die Geistesverwandtschaft mit den Hinzugehörigen Knüttelhelden liegt klar zutage. Trotzdem muß sich die „Arbeitgeber-Zeitung“ mit dem Gedanken abfinden, daß ihr arbeiterfeindlicher Plan sich in größerem Umfang und auf die Dauer nicht realisieren lassen wird. Das Klassenempfinden der Arbeiter wird sich trotz aller Gewaltmaßnahmen und trotz aller Demagogie auf die Dauer doch nicht unterdrücken lassen.

Für die Agitation und bei der Ausgliederung von Lohnbewegungen wird es aber notwendig sein, der neuesten Verteidigungskräfte der Unternehmer die gebührende Beachtung zu schenken. Es muß nun einmal als eine feststehende Tatsache betrachtet werden, daß so mancher gut vorbereitete Streik deshalb verloren gegangen ist, weil es den Unternehmern gelang, die notwendige Anzahl Streikbrecher zu bekommen. Und je geringer die Anzahl der ausländischen Arbeiter ist, um so leichter ist Ersatz zu beschaffen. Sind an dem Kampf aber Tausende und Zehntausende von Arbeitern beteiligt, dann kann kein ausreichender Ersatz beschaffen werden, mögen die Seelenverläurer dann noch so sieberhaft ihre Tätigkeit erwalten. Die Kämpfe im Baugewerbe und auf den Werften haben bewiesen, daß diese Auffassung richtig ist. Gelingt es aber, die Betriebe auf längere Zeit vollständig still zu legen, dann wird auch der härteste Widerstand der Unternehmer gebrochen. Die Führer der Unternehmerorganisationen wissen nur zu gut, daß den weniger kapitalträchtigen Unternehmern bei einer längeren Dauer des Kampfes sehr leicht der Atem ausgeht und daß diese dann nur zu leicht geneigt sind, abträuglich zu werden und aus der Reihe zu tanzen. Darum auch der Wunsch der „Arbeitgeber-Zeitung“, während des Kampfes die daran beteiligten Betriebe teilweise und in beschränktem Umfang aufrecht zu erhalten.

Aufgabe der Arbeiterorganisationen ist es, dafür Sorge zu tragen, daß die Räume des Unternehmertums nicht in den Himmel wachsen. In ihrer Agitation werden die Funktionen der Arbeiterbewegung die Angehörigen der Verbände usw. in Zukunft noch mehr als bisher darüber aufklären, zu welcher Judasrolle sie gebraucht werden sollen, und manach einer von ihnen wird, von Gel ergriffen, diesen Vereinigungen den

Räden lehren und in Reich und Gluck mit seinen Klassen Genossen gemeinjam gegen die Arbeiterklasse kämpfen. Wird dann noch dafür Sorge genommen, daß die Kämpfe sich auf einer breiteren Basis abspielen, dann werden die Streikbrecherhorde einflußlos sein und die Schmachmacher werden auch in dem Arbeiter einen gleichberechtigten Menschen erblicken müssen, der neben den Pflichten, die er erfüllt, auch Rechte beansprucht.

Hartlieb.

Genossenschaftliches.

Der Genossenschaftsgedanke und die deutschen Arbeiter.

Wenn ich das Wort „Genossenschaft“ höre, dann kommt mir immer das alte, liebe Märchen vom Aschenputtel in den Sinn. Da waren drei Schwestern, deren zwei Liebkind bei den Eltern waren, die dritte als Last empfunden wurde, die man am liebsten abgestößt hätte, von der man genügend gesehen hätte, sie wäre gar nicht erst gekommen. Die beiden waren stattliche Mädchen, die nach außen mehr oder minder zu glänzen verstanden, die sich im Lichte und auf der Höhe zu bewegen wußten, allwo man von den kleinen und, ach, so schwer drückenden Mühseligkeiten des Tages weniger spürt, Aschenputtel dagegen war still und unscheinbar und ging auf in den wenig angenehmen Pflichten des „Rückliegenden“. Und so gewöhnte man sich daran, sie darin verschwinden zu lassen und im sätigen Bewußtsein zu höherem geboren zu sein, sie recht geringfügig über die Achsel anzusehen. Dann aber kam unvermütet der wunderbare Tag, da Aschenputtel als diejenige erkannt wurde, der der goldene Schuh, so den andern zu klein und zu eng gewesen war, paßte. Und das stille Aschenputtel war die gefeierte Heldin des Tages, die verkannte Größe, und kam plötzlich in aller Leute Mund, weit mehr, als für den Augenblick der Anspruchslosen vielleicht lieb sein mochte.

Das Genossenschaftswesen ist viel zu lange das Aschenputtel der vorwärts- und aufwärtsstrebenden deutschen Arbeiterklasse gewesen! Es gab gute Leute unter uns, die lieber gesehen hätten, das Kind wäre gar nicht geboren! In ganz entgegenliegenden Gegenden der modernen Arbeiterbewegung soll es heute noch solche Unversöhnlichen geben, die aber alle frohstehende Lobredner der Verkannten werden, wenn sie nur erst einmal das Glück hatten, ihr so recht ehrlich und vorbehaltlos ins rechte Auge zu bliden. Das Kind paßte so gar nicht in die lichten Regionen der jugendlichen Begeisterung, die Berge zu besetzen glaubt; es lebte am grauen Heute und fand Befriedigung am öden Tun des einmütigen Alltags, während alles rings träumte vom goldenen Morgen und von der Herrlichkeit einer Zukunft, da jeder Tag ein Fest- und Dreudeutag sein wird! Es suchte sein Glück im Winkel — gut! Da ließ man es eben im Winkel und achtete seiner nicht weiter. Und wenn jemand nach dem Aschenputtel fragte, dann mußte man milde die Achseln oder verknügte es gar.

Und nun ist das alles anders worden! Aschenputtel Genossenschaft hat den goldenen Schuh angezogen und ist in aller Leute Munde! Woher das? Uns mangelt der Glaube an Wunder, den das Märchen voraussetzt; wir sind zu sehr zweifelstärkte Forscherseelen, als daß wir uns mit dem Besitzen einer mehr oder weniger angenehmen Tatsache einfach zufrieden geben. Wir verlangen und suchen nähere, faßbare, bis zur feinsten Wurzel nachweisbare Gründe für alles. Wenn ich nun verlange, diese Gründe klarzulegen und damit zugleich Entwicklung und Bedeutung des Genossenschaftswesens in großen Umrißen zu erläutern, so geschieht das, wie von vornherein gesagt sei, unbestimmt um alles, was bisher über dieses Thema, über die bisherige bedauerliche Unterschätzung der Genossenschaften durch die deutschen Arbeiter und deren Ursachen und über die zukünftige Gestaltung der Dinge zusammengefaßt wurde. All jene hübschen sehr schönen Reden und Schriften nützen uns für unsern Zweck herzlich wenig; sie führen höchstens in der vorurteilsten Beobachtung und verleiten zu mehr wertigen als fruchtbaren Gedankenflügen in Regionen, die unter Aschenputtel nie betreten hat und nie betreten dürfte. Hier sei nur geschwiegen, was mich die Tragis des Aschenputtelaltes legte, und was mir aus dieser heßigen Lehre als Anreiz auf das Aschenputtelwunder der Gegenwart hervorgeht.

Der Umkehrung in der Bewertung des Genossenschaftswesens ist in jeder Linie zurückzuführen auf die den organisierten Arbeitern sich immer weiter ausbreitende Erkenntnis, daß sie ihren großen Zielen nur dann näher kommen, wenn sie auf alle Gebiete auch des wirtschaftlichen Lebens bestimmend und zunehmend Einfluß gewinnen und ausüben lernen. In diesem Leben haben wir begriffen müssen, daß wir durch Nichts und Demütigung nicht gibt, daß das gelobte Land uns nicht auf einen gewaltigen Aufbruch zu warten wird, sondern daß wir selbst und selbstredend kämpfen müssen, daß wir keine für einige wenige mit unserm Schwerte dängen. Der Gedanke gewann in den Genossen, unendlich komplizierte Gewebe der kapitalistischen Gesellschaft, der sie überlegen, daß die ungeheure Komplexität, das Unbegreifliche der verschiedenen Vorkämpfer, die unter der Verwilderung, immer stärker und tiefer zu sinken werden kann und will, sofern wir uns nicht selbst helfen, zu durchdringen, zu verstehen und zu beherrschen. Die neue Straße von unübersehbarem Umfang hat uns aufgezeigt, die wir nicht bescheiden können und dürfen, deren Wirkung und Leistung wir aber ungeheuren und unheimlichen Maßstab anmaßen müssen. Soll die gemeinsame gesellschaftliche Energie, die hier zusammenkommt, keine, um ein paar Jahre zuvor den Zeitschiff abzusinken, so daß der Willkür der Allgewaltigen nicht weichen, dann muß diese ihre Organisation und Verwertung erlernen, sich in völliger Umgestaltung zu lenken und zu steuern, sich gewöhnen. Die neuen Werten: Die Arbeiter müssen durch einander, nicht durch den Kapitalismus einen immer größeren Anteil ihrer Funktionen übernehmen, ihn, wo es irgend möglich, ausüben, die ihm dienlichen Kräfte ihm zu übergeben und in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Die große Stunde, das große ganz Tag der Umwälzung der heutigen Gesellschaft in eine höhere ist die „Klassenbewegung“, die wir haben werden, und das dann das Ziel der Klassenbewegung, die Umwälzung der Gesellschaft übernehmen können, um die es bis heute noch nicht gelungen ist, sich zu verschaffen. Die Arbeiter müssen sich selbst zu einer selbständigen, selbständigen, selbständigen, selbständigen Bewegung erheben, und es ist das große Ziel, indem sie mit bewiesener Regung über ganz umfassende politische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle, geistige, sondern dann muß es als Bewegung mit

wirkender Teil innerhalb dieser Entwicklung erfassen, sie halten und dann in bestimmte ihr genehme Bahnen lenken! Die heutige kapitalistische Gestalt der Dinge ist, wie jedermann weiß, die bisher vollkommenste; wir wollen sie durch eine noch vollkommene ersetzen. Da müssen wir schon in der heutigen Gesellschaft und aus ihren Bestandteilen heraus die künftige organisch aufbauen, sonst bleiben unsere kühnen Zukunftspläne Luftschlösser. Wir wollen doch nicht die Rolle der „Unfähigen“ spielen, die von der „perfekten Köchin“ Gnade abhängig ist! Zumal wenn man die „Perfekte“ vorher so scharf getadelt hat!

Mitmachen, überall tätig und verantwortlich mit dabei sein, beweisen, daß im aufstrebenden Proletariat wirklich die Kräfte schlummern, die Schöpfer einer schöneren Zukunft sein können, sinnenfällig zeigen, daß der mißachtete Kiese der Christophorus ist, von dem der Heilande Geist sich über den tosenden Strom der Zeit zum Siegesfest tragen läßt, — das ist verständige und begeisterte Parole bei uns geworden! Nicht träumen und reden von besseren Tagen — schaffend sie erzwingen! Nicht nur tadelnd die Finger in die Wunden legen — beweisen, daß sie heilbar sind! Heilen! Wondervoll schaffend die Empörung zur befreienden Tat!

Das ist unzweifelhaft der psychologische, der „seelische“ Untergrund der Verwandelung unferes Aschenputtels in eine strahlende Tagesheldin!

Genossenschaften befaßten sich in der Hauptsache mit Angelegenheiten des alltäglichen Lebens; jensei sie Konsumvereine sind — und das ist ja die wertvollste und uns Arbeitern nächstliegende Form der Genossenschaften — erstreckt sich ihr Geschäftsbereich auf die Beschaffung und Verteilung alles dessen, was zu des Leibes Nahrung und Nothdurft gehört, als Essen, Trinken, Kleider, Schuh, Haus und Hof. . . . . Daß in dieser äußerlich so ungemein profanischen, allgemein betrachtet allerdings hochbedeutungsvollen, Betätigung der Ausgangspunkt für ein Stück erfolgreicher proletarischer Emanzipationsarbeit liegen könne, war lange ein Gedanke, der geringschätziges Lächeln nach sich zog, ein Gedanke, den bemüht und rüchlos öffentlich zu vertreten die Gefahr, als nicht ganz taktisch angesehen zu werden, nach sich zog. Es ist das Verdienst A. v. Eims und anderer praktischer Genossenschaftler, durch unerschöpfliche, mühselige und an trüben Erfahrungen reiche Arbeit dafür gesorgt zu haben, daß der Gedanke nicht aus der Öffentlichkeit verschwand, daß er vielmehr gastliche Stätte fand bei immer zahlreicheren vorurteilslosen Arbeitern, und daß ihm damit Gelegenheit gegeben wurde, Tat zu werden, und als nicht wegzuleugnende und unwiderlegbare Tatsache zu rechtfertigen und dauernd festzusetzen.

Der deutschen Genossenschaftsbewegung hat es in ihren Anfängen nicht zum Vorteil gereicht, daß die Arbeiter sie vielfach nur als eine Bewegung für Gütererzeugung (Produktiv-), weniger als eine solche für Güterverteilung (Konsum-) Genossenschaften betrachteten. Das führte zu recht zahlreichen unglückseligen Experimenten, deren Ausgang lähmend, abschreckend und verwirrend wirken mußte. Eine erklärte, aber bedauerliche Verkennerung der realen Tatsachen des Lebens hatte bewirkt, daß hier, wie so häufig im Leben, an der Größe großer Erfolge ein heftiger Mißerfolg stand. Man überließ die heute so geläufige Lehre, daß für den besitzlosen Arbeiter die Herstellung von Konsumartikeln für den allgemeinen Markt ungleich schwerer ist, als der gemeinsame Einkauf und die Verteilung. Gebrauchsgüter zu produzieren, das setzt das Vorhandensein mehr oder minder großer Kapitalien voraus. Und da mögen tausend Proletarier ihre paar Kröten zusammentun, — es läppert sich nicht soviel zuhause, daß angeht der Kleinsten Kapitalistischer Betriebe etwas Bescheid damit zu beginnen wäre. Als Konsument aber, der täglich seinen Arbeitsvertrag in Lebensbedürfnisse umsetzt, stellt der einzelne Arbeiter, und gar erst die Masse, einen weit wichtigeren Faktor dar. Da verfügt er alljährlich über neue Hunderte und Tausende, da gebietet die besitzlose Masse alljährlich über neue Millionen! Und deshalb brach sich auch bei allen einsichtigen und nachdenklichen Freunden der Genossenschaftsidee reich die Ueberzeugung Bahn, daß es darauf ankomme, diese gemeinsame Kraft der Konsumenten zu sammeln und zu organisieren, statt mit der Zwergkraft der Arbeiter-Produktion die Lebenswirtschaftliche Gestalt in die Welt zu setzen. Die ungeheure wirtschaftliche Bedeutung der zahllosen Arbeiterkonsumenten für diese Welt muß erst zu machen, — das ist seither die Aufgabe der Genossenschaften geworden, der sie sich in freudigem Maße und mit wachsendem Erfolge widmen, ohne das Interesse der Konsumenten aus dem Auge zu verlieren. Die Masse der Verbraucher beschafft und verteilt ihre Verbrauchsgegenstände unter Ausschaltung aller vertuernden Zwischenhändler selbst, sie wird ihre eigener Kaufmann und verbindet den Vorteil des möglichst speisenfreien, billigen, weil völlig planmäßig arbeitenden Großbetriebes mit dem höchsten Bewußtsein, daß mangels jeden anderen Interesses einzig im Interesse der Gesamtheit ihre eigene Bestens gewahrt bleibt.

Bei der energiegelassen, konsequenten Durchführung dieses Gedankens, über die hier noch mehr zu sagen sein wird, ergaben sich bald bisher nur geahnte Perspektiven; es zeigte sich, daß einmal die materielle Befähigung der Angehörigen der arbeitenden Klasse zur Leitung angesehener Betriebe und zur Durchführung umfangreicher Projekte weit größer war, als Freund und Feind angenommen hatten, daß die Menschen mit ihren höheren Zwecken wußten, und daß jener sich bald Möglichkeiten boten, an die man zunächst noch kaum zu denken getraut hatte. Der Zusammenschluß der Konsumvereine im Zentralverbande, der kurzgelegte Haufen des „neuen Elements“ mit dem neuen „Ideen“ beschleunigten, die Zentralisation des Großhandels in einem besonderen Institut, die rasch sich steigende Kapitalkraft der Einzelvereine, — das alles bewirkte, daß in wenigen Jahren die deutschen Genossenschaften so weit waren, den Nachweis liefern zu können, daß auch die gesellschaftliche Produktion, das Schmiereländchen vergangener Zeiten, sehr gut zu gedeihen vermag, wenn ihm der rechte Nährboden geschaffen wird in dem organisierten Konsum! Zahlreiche Eigenbetriebe wuchsen kräftig empor, fast ausnahmslos gesund und sicher gegründet und den Vereinen neue Stütze leistend; und die Großhandelsvereine trönte das Werk durch den gewaltigen

Seifenfabrikationsbetrieb in Nieße, der ja auch unsern Kollegen wohlbekannt ist, einem Werk, das an der Schwelle einer ganz neuen Entwicklungsperiode des deutschen Genossenschaftswesens steht und den Anfang großer weiterer Schöpfungen bedeutet.

Jetzt liegt der Weg klar vorgezeichnet, der gegangen werden muß; an den Arbeitern ist es, das Maß von Energie herzugeben, das zur Erreichung großer Ziele nötig ist, das Tempo zu bestimmen, in dem sie ihren Weg zurücklegen wollen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, gestaltet sich jenes um so wichtiger und dieses um so rascher, je mehr die Entfernung vom Ausgangspunkt der Bewegung wächst. Der Nebel des Nichts- und Mißverstehens, der so lange große proletarische Massen samt ihren Leitern an der klaren Erkenntnis von Wesen und Wert der Genossenschaften hinderte, weicht der aufgehenden Sonne des Verstehens und der Sympathie. Auf allen größeren Tagungen der organisierten Arbeiter ist dieser Anschauungswandelung mehr oder minder freudig, freundlich und präzise Ausdruck verliehen. Vor allem aber hat sich in den Beziehungen zwischen Genossenschaften und Genossenschaften, die ja ganz besonders auf einander angewiesen sind, zuletzt noch durch die vom Münchner Genossenschaftstag sanktionierten Anknüpfungen zwischen Generalkommission und Vorstand des Zentralverbandes über Jugendhaus- und Heimarbeit und andre Lebensfragen der Arbeiterklasse, zur Evidenz herausgestellt, daß das verständige, zielklare Handinhandarbeiten zweier großer Kulturbewegungen — unbeschadet der unerlässlichen Freiheit und Unabhängigkeit jeder einzelnen — möglich und von unschätzbarem Wert ist. Auch hier sind die Richtlinien für künftiges erprobliches Wirken deutlich vorgezeichnet.

Nehmen wir zu allem die grundlegenden Beschlüsse des Bödner Gewerkschaftskongresses und die Tatsache, daß unsere Organisation in den kommenden Tagen sicherlich in ganz anderm Maße noch, als das bisher der Fall, direkt an der Entwicklung des genossenschaftlichen Eigenproduktionsbetriebes interessiert sein wird, dann ergibt sich ohne weiteres, daß unser Fachorgan einem Bedürfnis und einer Pflicht entspricht, wenn es den Wünschen auf Bereicherung des Inhalts auch dadurch Rechnung trägt, daß es künftig in bestimmten Zwischenräumen Artikel aller Art über genossenschaftliche Angelegenheiten und Fragen aus der Feder eines in der genossenschaftlichen Bewegung und Verwaltung stehenden Kollegen bringt. Zunächst werden wir eine Reihe wichtiger allgemeiner Fragen behandeln und daneben, und später fortlaufend, aktuelle genossenschaftliche Zeitfragen. Möge die Neuerung den Beifall aller Kollegen finden und für sie von Nutzen sein!

Prob.

Gewerkschaftliche Demokratie.

Auch im sozialen Leben schwanken und wechseln die Begriffe. Ja, der sinngemäße Vollzug eines Begriffes, wie z. B. der der Demokratie, bedingt unter veränderten Verhältnissen eine veränderte Technik in der Anwendung. Die Quantität schlägt in die Qualität um! Das gilt auch von der Demokratie in der Gewerkschaft. Diese bildet keine besondere, den alten Sinn verlegendende Demokratie aus, aber sie hat im Laufe der Zeit vielfach den technischen Apparat der Demokratie umgestalten müssen. Bei einer beschränkten Personenzahl kann ein Vereinskörper in seiner Gesamtheit über jede Frage entscheiden. Bei unsern modernen Industrieverbänden muß man wohl über das Entscheidungsrecht Vertretungen übertragen. Ein Nothbehelf ist die sogenannte Urabstimmung, die Fragen und Angelegenheiten zur Voraussetzung hat, deren Erledigung nicht an die Stunde gebunden ist. Auch kann naturgemäß nicht in jeder Verwaltungsangelegenheit der jeweilige Vertretungskörper — Delegiertenversammlung — entscheiden, das ist eben Sache der Verwaltung. Man wird einwenden: darüber streitet ja niemand; auf die wichtigste Frage in der Gewerkschaft, auf die Entscheidung in Streitfragen kommt es an. Die Mitglieder müssen in jedem Falle darüber bestimmen, ob ein Streit beendet oder noch fortgesetzt werden soll!

Tatsächlich sind aus Meinungsverschiedenheiten dergleichen Art Differenzen zwischen Verwaltungen und Mitgliedschaften entstanden. Wollte man wirklich die Entscheidung über die Fortsetzung oder Beendigung eines Streiks oder sonstigen Arbeiterkampfes, — . . . . . d. zw. mit Beziehung auf die Demokratie, als unbedingtes Recht der Mitgliedschaften oder ihrer Gesamtvertretung — einer Generalversammlung — reklamieren, da könnte man schon sagen: Vernunft wird Unfinn, Wohlthat Plage! Man denke, ein demokratisch verwaltetes Land würde ganz wider Willen in einen Krieg verwickelt. Und nun erheben die Volksgenossen den Anspruch, pochen auf die unveräußerlichen Postulate der Demokratie, in allen Fragen der Strategie als vielköpfiger Körper zu entscheiden. Sie würden jedenfalls nicht oft zu bestimmen haben, sondern recht bald vom Gegner über den Haufen geworfen werden. Selbst dann, wenn sie nur vernünftige, zweckentsprechende Beschlüsse fassen würden, weil diese infolge der technischen Schwierigkeiten meistens eilige Nasenlängen zu spät, dann erst zustande kämen, wenn die Voraussetzungen sich längst wieder geändert, der Gegner bereits wieder in einer anderen Position sich befände. Jeder auch noch so konsequente Demokrat in der Gewerkschaft wird das Entscheidungsrecht für alle Krieger in einem Kampfe als Unfinn betrachten. Aber befindet sich nicht auch die Organisation im Kriegszustande, wenn ein Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern tobt? Und gibt es bei einem Streit nicht auch oft Situationen, aus denen es für die Stunde zu Entscheidungen drängt, von denen Sieg oder Niederlage, oft, sehr oft ein Mehr oder Minder von Erfolgen oder auch Nachteilen abhängig ist? Die beiden Fragen bejaßen, läßt den Anspruch auf unbedingtes Entscheidungsrecht der Mitglieder — durch irgendwelchen Vertretungskörper — während eines tobenden Kampfes über diesen selbst entschieden verneinen. Ganz abgesehen von der technischen Schwierigkeit, wenn nicht gar Unmöglichkeit, die Entscheidung der Mitglieder einzuziehen, sind diese wenigstens in einer großen Anzahl gewöhnlich nicht genügend über die Machtverhältnisse, über die gesamte strategische Lage und die sich daraus ergebenden Konsequenzen eines Beschlusses, der schließlich von ganz andern als den tatsächlichen Voraussetzungen ausgehen könnte, informiert. Schon aus diesem Grunde verlangt es das Interesse der Gesamtheit der in Betracht kommenden Mitglieder, daß eine verantwortliche Verwaltung in solchen wie hier umrissenen Fragen die Entscheidung trifft. Ja, sehr oft wäre es eine größtenteils Verletzung demokratischer Prinzipien, wenn lokale Mitglied-

schaften das Recht der Entscheidung beanspruchten, durch welche ein viel größerer Kreis von Verbandsmitgliedern oder anderer Organisationen wider ihren Willen in ihren Interessen geschädigt oder auch nur beeinträchtigt würden. Wo bleibt da deren demokratisches Recht?

Das solche Konsequenzen keine seltenen Erscheinungen sind, weiß jeder, der die letzten Kämpfe in den verschiedenen Verufen auch nur einigermaßen in ihrer Entwicklung beobachtet hat. Wenn der Streit einer kleinen Gruppe von Berufsangehörigen ganz mechanisch, als Folge der in Betracht kommenden Produktionsweise, andern Kategorien von Arbeitern die Weiterarbeit unmöglich macht, oder die Repressalie der Aussperrung in Aussicht stellt, dann leidet es wahre Demokratie einfach nicht, daß die kleine Gruppe ganz eigenwillig, ohne Einverständnis mit den übrigen Interessenten oder gar gegen deren Willen entscheidet. In diesem Fall ist ganz selbstverständlich das berufene Organ wieder die Verwaltung oder der Vorstand, der dann als Beauftragter der Gesamtheit, und dieser verantwortlich die Entscheidung zu fällen hat.

Deshalb sind die Mitglieder nicht machtlos. Sie wählen ihre Vertreter und ihre Verwaltungsbeamten; diese stehen unter ihrer ständigen Kontrolle. Handeln die Gewählten nicht im Sinne ihrer Auftraggeber, dann haben diese es in der Hand, andre Vertrauensmänner zu ernennen. Aber das Urteil über ein Handeln in der drängenden Stunde darf nicht in der Aufregung über getäußelte Hoffnungen abgegeben werden. Wenn die Verhältnisse geflärt, die Vertrauensmänner die Gründe dargelegt haben, dann können die Mitglieder entscheiden, ob ihre Beauftragten dem Vorteil der Gesamtheit genügt, oder ob sie leichtfertig die Interessen der Berufsangehörigen geschädigt haben. Bei solchen Berichterstattungen nach großen, schweren, aufregenden Kämpfen stellt sich gewöhnlich heraus, daß die Mitteilung der Gründe, weshalb die Verbandsleiter so handelten, wie sie gehandelt, und wodurch sie vielleicht bei einem Teil der Mitglieder Unzufriedenheit erregten, in der Stunde der Entscheidung in Wirklichkeit die Arbeiter geschädigt hätte, weil dann die Unternehmer über die Taktik der Organisation unterrichtet worden wäre und danach ihr Verhalten zum Schaden der Arbeiter einrichten konnten. In dieser Beziehung befinden sich die Unternehmer überhaupt schon im Vorteil, sie arbeiten viel mehr im geheimen, während alle Beschlussfassungen der Arbeiterorganisationen usw. der Öffentlichkeit bekannt werden. Es wäre wirklich schändlich, wollte man, in falscher Auffassung vom Wesen der Demokratie, den Gegnern noch mehr Einblick in die Angelegenheiten der Arbeiterorganisationen einräumen, die strategischen Maßnahmen einer streikenden oder ausgesperrten Arbeitergruppe gerade hier und in den kritischen Situationen den Unternehmern gewissermaßen auf dem Präsentierteller zur gest. Kenntnisnahme unterbreiten.

Werfen wir einmal die Frage auf: Haben sich vielleicht schon Fälle ereignet, aus denen man zu dem Urteil berechtigt wäre, daß die Interessen der Gesamtheit besser gewahrt worden wären, wenn man nach dem Willen einer Mitgliedergruppe, die mit den Maßnahmen der jeweiligen Leitung nicht einverstanden war, gehandelt hätte? Nein, einen solchen Fall gibt es nicht! Und diese Tatsache rechtfertigt den aus den Verhältnissen gebotenen Mobus, daß bei Fragen von weittragender Bedeutung, bei Streiks, Aussperrungen usw. die Organisationsleitung, wenn sie es im Interesse der Kämpfenden und der Gesamtheit für erforderlich hält, selbständig Entscheidungen trifft, auch solche, die nicht den Wünschen kleiner Gruppen entsprechen. Das Wohl der Gesamtorganisation zu wahren, ist der Gewerkschaft oberste Pflicht! Die Mitglieder müssen nur aufpassen, daß sie von ihrem Wahlrecht den richtigen Gebrauch machen und bei Beschlüssen, die das gewerkschaftliche Leben berühren, die Verbandsangelegenheiten, speziell die Vertretungen betreffen, sachlich prüfen, dann geht ihnen von dem berechtigten Selbstbestimmungsrecht kein Spürchen verloren, denn sie bestimmen dann ja den Kurs, der gesteuert wird.

Die Arbeiterbewegung hat wirklich Besseres zu tun, als nur nach Reibungsflächen in den eigenen Reihen zu suchen. Aus unbefriedigtem Bessermitteln wohl erprobte und notwendige Einrichtungen zu bekriechen, hieße Eigenliebe kleinlicher Art über die große, schöne Sache der Emanzipationsbewegung des Proletariats stellen. Wer die Zeichen der Zeit zu deuten vermag, kann nicht darüber im Zweifel sein, daß die Arbeiterschaft schweren Kämpfen mit den verbündeten und mächtigen Gegnern entgegengeht. Darauf richte man den Blick!

**Zur Verschmelzungsfrage im Gebiet Darmstadt und Umgegend.**

Wie überall, wo die Kollegen nach positiver Arbeit drängen, ist nunmehr auch in der Umgegend von Darmstadt die Verschmelzungsfrage in den Vordergrund des allgemeinen Interesses getreten. Heißt sind bereits die Gemüter in den Versammlungen der einzelnen Zählstellen aufeinander gelegt und das Für und Wider in dieser Frage kam oftmals in einer Art und Weise zum Ausdruck, wie es absolut von Kollegen, die es ernst meinen mit ihren Forderungen nach praktischer Arbeit, nicht geistlichen sollte. Es soll nicht meine Aufgabe sein, den Rativen, von welchen sich die Kollegen leiten lassen, nachzugehen, sondern prüfen will ich und die Beschlüsse in dieser Frage überzeugen, daß all das, was sie gegen die Verschmelzung ausführen, für die Verschmelzung spricht. Speziell für die Zählstellen in der Umgegend von Darmstadt, wie Pfungstadt, Hahn, Oberammerbach, die alle ganz schöne Mitgliederzahlen haben, wäre die Kreisverwaltung besser als die Ortsverwaltung, wie wir aus nächstem Beweis ersehen. Als in Betracht kommenden Orte sind nicht imstande, für die Arbeiter am Orte Arbeitsgelegenheit zu bieten. Infolgedessen müssen die Kollegen in Darmstadt oder sonstwo Arbeit suchen. Also in Pfungstadt organisiert, in Darmstadt oder Arheilgen in Arbeit: das ist so im allgemeinen das Verhältnis, in dem sich unser Verband hier bewegt. In Pfungstadt beträgt der Beitrag für Männliche 45-55 Fig., in Darmstadt 50-60 Fig. Die Kollegen arbeiten in einem Betriebe von verschiedenen Orten mit verschiedenen Verbandsbeiträgen. Daß bei solchen Zweiterhältnissen keine Rede sein kann von einer geordneten Vertretung der Interessierten, muß doch jedem, der einigermaßen objektiv prüft, klar sein. Ich erinnere an die Bewegung der Backsteinmacher von Pfungstadt und Hahn. Zwei Verwaltungen, zwei Aktionen, die immer gegeneinander liefen. Aber denken wir an die Kämpfe der Zukunft, speziell in unserer Gegend, dann kann die Zersplitterung unserer Kräfte nicht fortbestehen, sondern einheitlich müssen unsere Aktionen geleitet werden, und geschlossen müssen wir dem Unternehmertum gegenüber da stehen. Deshalb ist mit der schönen, einmal notwendig gewordenen Selbstverwaltung. Die Entwicklung lehrt uns ein Besseres, die Notwendigkeit der Verschmelzung. Nun zur Mitbestimmung! Kollegen, ich bin der letzte, der für die Verschmelzung einreden würde, wenn dadurch das Recht, mitzutreten und mitzuzahlen, uns nur im geringsten beschneidet würde. Aber Kollegen, daran denkt ja kein Mensch, am allerwenigsten die Gewalteilung oder der Vorstand, den ihr so fürchtet. Also keine Angst um unsere Mitbestimmung. Wir werden auf der nächsten Konferenz jedenfalls mit Vorschlägen bedacht, die uns das Grundgesetz unserer Existenz nach jeder Seite hin sichern. Zahlreiche Einwände werden von den Kollegen geltend gemacht, wenn die Rede von der Anstellung eines Geschäftsführers ist, welche doch als

logische Notwendigkeit von selbst kommt. Ein dergleichen Standpunkt mag für ein Individuum, das als seine höchste Tugend die Zufriedenheit preist, maßgebend sein, um so unvernünftiger ist er aber für einen Kollegen, der für Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpft. Was haben wir denn bis jetzt mit unsern schönen Mitgliederzahlen erreicht? Wenig, werden die Kollegen sagen. Und warum? Eben weil wir, was Agitations- und Organisationsarbeit anbelangt, noch nicht genug gearbeitet haben. Denken wir nur zurück an die Bewegung der Zündholzarbeiter und versuchen, die Miserefolge zu ergreifen, dann finden wir bestätigt, daß, um einen Kampf zu führen, nicht bloß ansehnliche Mitgliederzahlen, sondern vor allem tüchtige und geschulte Kämpfer vorhanden sein müssen. Um diese Mängel und Uebel zu beseitigen, um unsere Kollegen für den Kampf zu erziehen, sind Leute nötig, die genügend Zeit haben, und frei dem Unternehmer gegenüber dastehen. Diese Arbeit kann von Kollegen, die tagsüber ihrer Arbeit nachgehen müssen und von dem Unternehmer abhängig sind, nicht geleistet werden. Denn je größer eine Zahlstelle, desto mehr die geschäftliche Arbeit, um so umfangreicher die Agitation. Ich könnte noch mehr von dem, was zu tun notwendig ist, wie Ausbau des Vertrauensmänner-systems, Statistiken usw. anführen, um die Kollegen von der Notwendigkeit der Anstellung eines Geschäftsführers zu überzeugen. Sind wir nun von der Notwendigkeit der Verschmelzung mit Anstellung eines Geschäftsführers (ohne solche hätte die Verschmelzung ja keinen Wert) überzeugt, müssen wir dazu übergehen, die neue Institution auf eine sichere Grundlage zu stellen. Um letzteres zu ermöglichen, ist die Einführung eines Totalbeitrags unumgänglich. „Unmöglich“, hört man da, „der Verschmelzung stimmen wir zu, aber keiner Vertragsverschmelzung.“ Uns ohne das andere ist aber nicht möglich, also versuchen wir einmal das Unmöglich. Ich kenne die Verhältnisse und weiß, daß es manchem Kollegen schwer fällt, seinen Verbandsbeitrag zu leisten, daß jeder nicht mehr zum Leben hat, als was er braucht, und oft noch weniger. Aber wollen wir uns ein anderes Dasein schaffen, wollen wir unser Leben so gestalten, daß es wenigstens noch ein Leben genannt werden kann, dann dürfen wir auch die zu diesem Kampfe notwendigen Mittel nicht verweigern. Kollegen, ich glaube, die hauptsächlichsten Einwände behandelt zu haben und werde mich freuen, wenn die Kollegen durch meine Ausführungen auf der demnächst stattfindenden Konferenz in sachlicher Weise zur Verschmelzung Stellung nehmen. Also, Kollegen, mehr Selbstvertrauen! Hinweg mit den kleinlichen Vorurteilen gegen die Verschmelzung! Wir müssen noch Tausende im Arbeitsgebiet Darmstadt und Umgegend für den Verband gewinnen!

Frl. Küh l.

**Korrespondenzen.**

**Streiks und Differenzen** bestehen in **Remel (Holzplag); Regenburg (Zornwarenfabrik); Wilsen (Mühlentrieb).** Zugang nach drei angeführten Orten ist streng ferngehalten.

**Cleve.** Etwas von der gewerkschaftlich christlichen Erziehung. Zu Sonntag, den 15. Januar, hatte der Verband der Fabrikarbeiter eine Betriebsversammlung der Margarinearbeiter einberufen. Das hatte die christlichen Gewerkschafter auf den Plan gerufen. Sie waren der Meinung, nur sie hätten ein Anrecht auf die Arbeiter in dieser Gegend. Man versprach sich einen christlichen Agitator, der mit einer Uebermacht christlicher Gewerkschafter in der Versammlung erschien. Es war wohl auch ein eigenartiger „Zufall“, daß mit ihnen beinahe zugleich ein Polizeibeamter erschien, trotzdem nach dem Vereinsgesetz Betriebsversammlungen von deren Gesellschaft befreit sein sollen. Der Beamte ließ sich nicht belächeln, daß er einen unberechtigten Eingriff in die Rechte der Arbeiter unternahm. Um aber den Christen nicht den Triumph zu gönnen, mit der Behauptung aufzutreten zu können, die „Freien“ gestraut sich nicht vor einer Mehrheit von christlichen Gewerkschaftern ihre Zwecke und Ziele darzulegen, wurde der Beamte schließlich gebuldet. Redakteur G. Müller aus Düsseldorf referierte über das Thema: „Die wahre und die falsche Freundschaft der Margarinearbeiter.“ Anfänglich verhielten sich die Christen ihre Uebermacht und das ihnen bereitwillig eingeräumte Gastrecht zu mißbrauchen. Trotzdem ihnen vollkommene Redefreiheit zugesichert war, versuchten sie und vor allem ihr Führer, den Referenten zu unterbrechen, wohl mit der unaussprechlichen Absicht, die Versammlung unruhig zu machen. Erst als der Referent die stärker werdende Unruhe und die Ausfälle einzelner in ganz energischer Weise als die Früchte christlicher Erziehung brandmarkte und von den christlichen Arbeitern verlangte, daß sie sich besser zeigen sollten wie ihre Führer, waren sie zu bewegen, die Anführer der „Freien“ anzuhören. Ihr Erscheinen wuchs aber, wie ihnen der Referent die sachlichen Unterschiede der beiden Richtungen in objektiver Weise darlegte, an Beispielen beweisend, daß nur eine einheitliche, geschlossene, freie Gewerkschaftsorganisation die Interessen der Arbeiter wirksam wahrnehmen könne. Das waren Dinge, von denen sie sich bisher nichts hatten träumen lassen. Und als dann betont wurde, daß man den Blick auch auf das Ganze und Allgemeine zu lenken habe, daß die Gewerkschaftsbewegung das Ziel haben müsse, charakteristische Männer zu erziehen, da folgte auch von christlicher Seite manch beifälliges Gemurmel. Zustimmung erfolgte auch, wie der Referent verlangte, der Arbeiter solle sich nicht nur von einer Seite bestimmte Ansichten aufdrängen lassen, sondern er müsse sich eine eigene Meinung bilden, indem er auch die Gegenseite, in diesem Falle die freigewerkschaftliche Richtung, höre. Nebenher jagte mit dem Erlernen, auch die christlichen Sprecher möchten in sachlicher Weise die Auseinandersetzung betreiben. Das konnte der christliche Sekretär allerdings nicht fertig bringen. Indem er den bekannten M. Glöbner Bittensend ausräumte, käufte er die bekannten Unwahrscheinlichkeiten aufeinander. Er mußte sich denn auch von dem Referenten lassen, daß es das einzige Rettungsmittel der Christen geworden sei, die mit der Sache nichts zu tun habende Religion heranzuziehen, damit die Verteilung der religiösen Neutralität begünstigt, die man den „Freien“ zum Vorwurf mache. Die „Freien“ hörten die Tiraden des Herrn trotz seiner Ausfälle mit stoischer Ruhe an, wie aber die Unwahrscheinlichkeit seiner Argumente und die Art seines Auftretens von unserer Seite getarnt wurde, jagte er wie ein Gummiroll auf seinem Stuhl herum, zuweilen den Aufsatz in sich zu stoßen und sonstigen erneuten Sättigungen. Es bedurfte in jedem bedrücklichen Momenten der Ruhe und Geduldlichkeit der durch die freie Erziehungsschule Gegebenen, um das wogende Meer zu glätten. Das eine sei gesagt: Wenn es nach den christlichen Agitatoren gegangen wäre, hätte die Verschmelzung ein vorzeitiges Ende genommen, so aber wirkten die Ausführungen der „Freien“ doch auf ein gutes Ende hin. So mancher christliche Arbeiter ist gerechtfertigt durch den moralischen Erfolg der „Freien“ angezogen worden, die gewerkschaftlichen Fragen etwas genauer zu sondieren, und die anwesenden Indifferenten haben zu verstehen gegeben, daß ihre Sympathien für die Christen durch deren Auftreten nicht geschwiegen sind. So die christlichen Agitatoren sich hart fühlten, da kommt ihre sonst unter einem äußeren Schein verborgene innere Rösch gegenüber den „Freien“ zum Durchbruch. Das wird aber nicht verhindern, daß auch in Cleve der freie Gedanke sich Bahn bricht, der Anfang ist gemacht.

**Delmenhorst.** Am Sonntag, dem 15. Januar, fand eine gutbesuchte Generalversammlung unserer Zahlstelle statt. Nach Erledigung des ersten Punktes (Abrechnung vom 4. Quartal 1910) wurde von der Ortsverwaltung der Tätigkeitsbericht über das Jahr 1910 gegeben. Danach hat die Steigerung der Mitgliederzahl auch in diesem Jahre angehalten. Es sind im verflochtenen Jahre 379 Mitglieder neu eingetreten, ausgetreten 186, zugereist 27, abgereist dagegen 196 Mitglieder. Am Jahresabschluss waren 991 Mitglieder gegen 966 im Vorjahr vorhanden, davon in Delmenhorst 25 Mitglieder. Die Arbeitslosigkeit war nach so groß wie im Vorjahr, trotzdem waren 180 Mitglieder im Durchschnitt je 10 Tage arbeitslos. — Mit den Einleumfabriken „Arke“ und „Schlüpfmarkt“ wurde ein Arbeitsvertrag auf 3 Jahre abgeschlossen, der den Kollegen wesentliche Vorteile als: Verkürzung der Arbeitszeit, Einführung geregelter Stundenlöhne und Erhöhung derselben um 5-7 % pro Stunde, sowie Erhöhung verschiedener Abordräge und Abstellung sonstiger Mängel brachte. Auch auf der Einleumfabrik „Hania“ wurden die Löhne aufgebessert, doch kam ein Vertrag nicht zustande. Ueber kurz oder lang wird es auch hier dazu kommen müssen. Die geistliche Lohnbeschädigung bedarf für die Mitglieder unseres Verbandes ein Mehr an Lohn von 84 275 M. pro Jahr. **Uf der Waggonfabrik Tönjes** brach am 4. Juni ein Streik aus, der am Jahresabschluss noch nicht beendet war. Die lange Dauer des Streiks ist ausschließlich auf die hartnäckige Weigerung der Betriebsleitung, mit den Ausständigen zu verhandeln, zurückzuführen. Ein Ende dieses Streiks ist noch nicht abzusehen. Wir waren anfangs mit 22 Kollegen beteiligt, doch ist jetzt fast keiner mehr ohne Arbeit. Dann waren wir noch mit 4 Kollegen an der Aussperrung der Bauarbeiter und mit 8 Kollegen an der Betriebsleiteraussperrung beteiligt. Diese Bewegungen endeten zugunsten

der Kollegen. Eine Eingabe der Gasarbeiter war am Jahresabschluss noch nicht erledigt. Wie in den früheren, so wurde auch im Berichtsjahre eine rege Agitation entfaltet. Es wurden abgehalten 65 Hausagitationen, 161 Versammlungen und 263 Sitzungen. In 147 Fällen wurde Auskunft in Rechtsfah-n gegeben. Es wurden im Berichtsjahre im ganzen 49 191 Marken der verschiedenen Klassen umgelegt gegen 47 033 im Vorjahr, also ein Mehr von 2148 Stück. Die Einnahmen der Hauptkasse betrug im ganzen 22 035 M. 10 Pf. Von diesen Einnahmen wurden 6896,65 M. für die Erwerbslosenunterstützung, 4323,75 M. für die Streikunterstützung und 11 77 M. zu andern Unterstüzungen verwendet. In die Hauptkasse wurden 6383,30 M. gefandt. Die Gesamtentnahme und Ausgabe der Lokalkasse betrug mit 9343,74 M. Der Kassenbestand hat sich von 761,66 M. am Jahresanfang auf 2432,56 M. am Jahresabschluss gehoben. Als bedeutsames Ereignis ist die gegen den Schluß des Jahres zustande gekommene Konvention sämtlicher Einleumfabriken zur Wahrung ihrer gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen anzusehen. Für die Arbeiter bedeutet dieses Kampf, denn ein Zusammenschluß der Unternehmer zur Wahrung ihrer „wirtschaftlichen Interessen“ bedeutet in erster Linie Widerstand gegen die Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, eventuell auch den Versuch, die Lebenslage der Arbeiter zu verschlechtern. Mögen die Arbeiter hieraus und auch aus dem Bericht im allgemeinen die Lehre ziehen, daß nur im festen Zusammenschluß die Macht liegt, daß es die Aufgabe jedes einzelnen ist, für den Ausbau und die Kräftigung der Organisation Sorge zu tragen, damit die Pläne der Scharfmacher, der Reaktionsäre aller Schätzierungen, welche die Arbeiterbewegung unter neue Ausnahmengesetze stellen und androhen wollen, zusehen werden.

**Dresden.** Aus dem Jahresbericht untrer Zahlstelle. Im Jahre 1910 hat unsre Zahlstelle weitere Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl stieg um 469, gleich 17 Prozent. Am Jahresabschluss waren 2560 männliche und 662 weibliche, zusammen 3222 Mitglieder vorhanden. Die Zahl der verkauften Marken stieg um 23 223, umgelegt wurden 156 010 Beiträge. Im Durchschnitt entfielen auf das Mitglied 50,80 Beiträge. Außerdem wurden noch 1896 Freimariken ausgegeben. Die Fluktuation war immer noch eine sehr hohe; 1368 Eintritte fanden 899 Abgänge gegenüber. Der größte Teil der Abgänge setzt sich zusammen aus 654 Abgereisten und Uebertretenden; ausgetreten sind und gestrichen wurden 335, gestorben sind 11 Mitglieder. In 421 Fällen wurden Mitglieder von der Wahlkommission aufgeführt, weil sie mit ihren Beiträgen nicht immer auf dem Laufenden waren oder die Absicht geäußert hatten, auszutreten zu wollen. In 398 Fällen haben wir Erfolge zu verzeichnen. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 62 806 M.; der Lokalkasse 41 665 M., der Kassenbestand der Lokalkasse betrug 24 150 M., Krankenunterstützung wurden 16 888 M. an 857 Personen ausgezahlt. Die Arbeitslosenunterstützung betrug 6133 M. Die Arbeitslosigkeit ist bei den männlichen Mitgliedern zurückgegangen von 754 Arbeitslosen mit 13 271 Tagen auf 487 Arbeitslose mit 6496 Tagen. Die Zahl der arbeitslosen Frauen blieb gleich mit 114, die Zahl der Tage stieg aber von 1972 auf 3263.

Abgehalten wurden 32 öffentliche und Mitglieder- und Vertrauensmänner- und Betriebsversammlungen, 187 Betriebsversammlungen, 47 Vertrauensmänner- und 70 sonstige Versammlungen. 316 Mitarbeiter wurden persönlich aufgesucht, um sie für den Verband zu gewinnen. Der Besuch und Erfolg dieser Versammlungen ließ leider zu wünschen übrig. Lohnbewegungen fanden 27 in 25 Betrieben statt. Beteiligt waren an den Bewegungen 1770 männliche und 207 weibliche, zusammen 1977 Personen. In 21 Betrieben erhielten 1226 Personen eine Lohnerhöhung von 1454 M. pro Woche, in 4 Betrieben 271 Personen Arbeitszeitverkürzung, 78 Personen in 3 Fabriken erhalten Ferien, 60 Personen Zuschlag zum Krankengeld in der Höhe des von der Kasse gezahlten Krankengeldes, in 3 Betrieben mit 435 beteiligten Personen wurden eine Reihe sanitärer Verbesserungen erreicht. (Siehe Nr. 51 des „Prolet.“ 1910.)

Aus den zahlreichen Eingaben an die Gewerbeinspektion haben wir die über die Ziegelei Wilsen in Modritz hervor, in der über sehr schlechte Wohnungsverhältnisse der Wanderarbeiter Beschwerde geführt wurde. Dort ist sogar vielmals beobachtet worden, daß ein oder manchmal auch zwei Arbeiter im Ziegeleigen schlafen haben. Am Tage nach der Besichtigung durch die Gewerbeinspektion, dem 8. u. 9. 1. g., verunglückte ein Arbeiter beim Ziegeleistreichen, indem er rückwärts in den Tonsehner stürzte. Auch in der Ziegelei Hörter in Leuteritz schließ zeitweise ein Arbeiter im Dien.

Unter den Gegnern des Verbandes machen sich außer einigen besonders schamhaften Fabrikleitungen, wie Strohhoff-Fabrik, Chemische Fabrik usw., die Nacharbeiter bemerkbar. In der Chemischen Fabrik beteiligten sich diese gewiss am den Ausschlußwahlen und wurden dabei auch ein unflätiges Flugblatt in der Fabrik ankleben. Die Fabrikleitung, die seit Jahresfrist ihre Arbeiter durch Zufuhnung von allerlei Reichsverbandstraktaten beglückt, wird sich schon über solche Hebelnaten freuen. Bisher ist der Liebe Mühe ohne Erfolg geblieben.

An den veranstalteten Unterrichtskursen beteiligten sich 50 Kollegen, die von dem Behörden auch befriedigt waren. Aus der Bibliothek wurden 829 Bände entliehen. Wenn man die Mitgliederzahl in Betracht zieht, ist das noch kein zufriedenstellendes Resultat. Wir erwarten aber in diesen Dingen, auch im Besuch der sonstigen Veranstaltungen des Verbandes, baldige und nachhaltige Besserung. **Gegefin.** Mit erheblicher Verspätung erfahre ich, daß sich ein Herr Lubbe, heimzeitlich Hirsch-Dunderfeger Bezirksleiter, in Nr. 102 des Hirsch-Dunderfeger „Gewerbvereins“ mit den freien Gewerkschaften und mit meiner Person speziell befaßigte. Wenn der Herr schreibt, die Gegefiner Kollegen müßten am besten, welche Organisation ihnen genügt hat und von welcher Organisation sie vertreten sind, so sagen wir dazu: Ganz recht, Herr Lubbe! Wir führen gleich einen Beweis an. Es war im Winter 1905, als die Gegefiner Ziegeleibesther ganz bedeutende Abzüge machten, und worauf die Fische und unsere Mitglieder zusammenkamen und beschlossen sich dagegen zu wehren. Wer waren die, die am andern Morgen zur Arbeit liefen? Welche Organisation war es, die diesen Verrat gutließ? Hirsch-Dunderfeger Mitglieder übten Verrat und deren Organisation gab den Segen dazu! Also, Herr Lubbe, die Arbeiter von Gegefin wissen, welche Organisation Verrat übt! Dann kommt der ehrenwerte Herr auf die Gegefin bezug, in Uebernüchtem im Jahre 1905 vorgekommenen Unterstüzungen. Er behauptet dabei, ich sei von unparteiischer Seite auf das Treiben der damaligen Bevollmächtigten aufmerksam gemacht. Zunächst eins, Herr Lubbe: ich würde heute genau so wie damals die Mitteilungen von so l. „unparteiischer“ Seite unbedacht lassen. Es gibt eben im Leben Menschen, von denen man ebenfalls aus Reinlichkeitsgefühl nicht annehmen kann. Vergeben Sie mich, Herr Lubbe? Diesmal doch wohl? — Wenn derselbe Herr dann weiter sagt, ich hätte den Arbeitern erklärt, sie sollten nicht so dumm sein und sich von andern Leuten in die Bücher schauen lassen, so erkläre ich hierzu, daß Herr Lubbe, falls er diese Behauptung aufrecht erhält, liegt. Soviel zu meiner Person.

Der Herr Lubbe beschäftigt sich dann noch mit der Lohnbewegung, die die Hirsche im letzten Frühjahre in Uebernüchtem und Umgegend einleitete — wölkte. Er regt sich darüber auf, daß ich nicht mit den Hirschen zusammengehen wollte, und daß wir „Angst“ gehabt haben vor der Bauarbeiteraussperrung. Ihm — Lubbe — sei aber von einem Ziegeleibesther erklärt, die Unternehmer wünschten, daß die Aussperrung noch lange anhalten möchte. Und der gute und brave Herr Lubbe glaubte dies. Aber eins, Herr Lubbe: Sie hatten doch von einigen Hirschern die Zusage erhalten, daß sie bei der Lohnbewegung unterstützen wollten. Warum kamen Sie dann noch zu uns? Wir hatten doch nach Ihrer Rechnung nur 3 Mitglieder in Uebernüchtem und Umgegend, und eine solche Organisation betrifft man doch nicht um Unterstützung an. Warum machten Sie nicht ohne unsre Unterstüzung die angelegte Lohnbewegung? Wir wollen es Ihnen sagen, weshalb Sie es nicht taten: weil Sie Angst vor sich selbst hatten. Wenn wir unsre Mitglieder damals von einer Lohnbewegung wegen der Aussperrung der Bauarbeiter abgeraten haben, so mit guten Gründe. Denn die Ziegel- und Zementindustrie hängt so eng mit dem Baugewerbe zusammen, daß, wenn Hunderttaufende im Bauhand ausge-sperrt sind, auch die Ziegler und Zementarbeiter nichts zu tun haben, denn die Konditionen können weder die Ziegeleier noch den Zement verkaufen. Und wer in einer solchen Zeit Ziegler zur Lohnbewegung oder sogar zum Streik treiben will, der handelt frivol und legt die Existenz der Arbeiter leichtfertig aufs Spiel.

**Hensburg.** Am Schluß des Vorjahres sprachen wir die Erwartung aus, daß sich unsre Kollegen mehr an den Verbandsarbeiten beteiligen werden, um über weitere Erfolge und Fortschritte berichten zu können. Die Erfolge und Fortschritte sind eingetreten, aber noch immer müßt ihr ein kleines Häuflein, um die Agitationsarbeiten zu bewältigen, die andern Mitglieder stehen teilnahmslos bei Seite. Wenn auch anerkannt werden

Uebersichtstabelle über die Arbeitslosigkeit im 4. Quartal 1910.

Table with columns for Gau, Zahlstellen, Mitgliederzahl, Zu- oder Abnahme, Arbeitslose Mitglieder, and Von den Arbeitslosen bezogene Verbandsunterstützung (insgesamt im Quartal).

Anmerkung. Folgende Zahlstellen haben die statistische Verhältnisse nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht eingeleitet: Wendorf, Biere, Braunich, Burg a. F., Bonn, Düsseldorf, Elbing, Freiburg, Freienwalde a. S., Genthin, Goldberg, Göttingen, Gohrenkirchen, Gohren, Gauau a. M., Kahl a. M., Kolberrmoor, Kolditz, Korbis, Krefeld, Kupperfeld, Lützenwalde, Neustadt bei Koburg, Orlau, Olsdorff, Pörschheim, Pörsch, Sammelberg i. M., Scharnhagen, Schwetznau, Neulitz, Neudorff, Nien, W o r m s. (Aufgrund einiger mit geringem Mitgliederbestand.)

muf, daß gegen das Vorjahr eine Besserung eingetreten ist, so ist diese aber noch nicht genügend, um alle Arbeiter gründlich durchzuführen. ... Die Arbeitslosigkeit war in der ersten Hälfte des Jahres 1910 noch ziemlich groß. In den Ziegeleien war die Produktion im 60 Prozent eingeschränkt. In den anderen Betrieben zeigte sich erst im Laufe des Sommers eine Besserung. ...

Reuel. Am 8. Januar fand eine Versammlung unserer Zahlstelle statt, in der Kollege Götzke einen inhaltreichen Vortrag über die Entwicklung des Verbandes im Jahre 1910 hielt. ...

Polizei und Gerichte.

Die rote Fahne. Am 7. September des Vorjahres wurde in Könnigsborn bei Eilenburg (S.-A.) ein Mitglied bestraft. Die Disziplinierung wollte den Verhören mit der Fahne des Verbandes zu Grunde gehen und erbat sich hierzu die Erlaubnis beim Landratsamte und, da dieser ausweichend antwortete, beim Landratsamt. ...

Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen.

Dresden. 5 Pf. pro Mitglied und Woche ab 1. Februar 1911. Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten. Nr. 348 008 für Otto Salewski, eingetreten am 31. Oktober 1908 in Jena. ...

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

- Baugen. Willi Koch, Baugen, Seidau Nr. 20, 1. Etg. - Auszahlung der Unterstützungen bei Hermann Wotte, Fleischergasse 6, 1. Etg. ...

Inierate.

Die Verwaltungsstelle Braunschweig u. Umgeg. sucht zu sofort event. zum 1. April einen 3. Lokalbeamten. Derselbe muß selbständig agitatorisch tätig sein können sowie sich allen übrigen organisatorischen Arbeiten unterziehen. ...

Zahlstelle Steffin. Die Zahlstelle Steffin sucht zum 1. April 1911 einen 3. Beamten. Selbstiger muß Kenntnis auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung mit in häuslichen Arbeiten besitzen und über rechnerische Begabung verfügen. ...

Verbandsnachrichten.

Vom 17. Januar an gingen bei der Hauptkassa folgende Beiträge ein:

- Hamburg 1.15, Berlin 1.20, Dresden 1.10, Leipzig 1.15, Chemnitz 1.05, ...

Die Herabsetzung für das 4. Quartal 1910 haben eingeleitet:

- Freiburg i. Br., Genthin, Göttingen, Gohren, Gauau a. M., Kahl a. M., Kolberrmoor, Kolditz, Korbis, Krefeld, Kupperfeld, Lützenwalde, Neustadt bei Koburg, Orlau, Olsdorff, Pörschheim, Pörsch, Sammelberg i. M., Scharnhagen, Schwetznau, Neulitz, Neudorff, Nien, Worms. ...

## Chemische Industrie

### Carlverträge in der chemischen Industrie.

Als unser Verband im Jahre 1907 die abgeschlossenen Tarifverträge veröffentlichte, wurden dieselben in einer Abhandlung der Zeitschrift "Die chemische Industrie" von Herrn Privatdozent Dr. Großmann sehr eingehend und vor allem sehr sachlich und objektiv besprochen. Er fasste sein Urteil dahin zusammen, daß die Tarifverträge in der chemischen Industrie zwar noch wenig Eingang gefunden hätten, weil die Arbeiter dieser Industrie schlecht organisiert seien, daß aber das Prinzip, für längere Zeit die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln, durchaus gesund sei. Inzwischen hat die fortschreitende Entwicklung der Gewerkschaften eine so erhebliche Ausbreitung der Tarifverträge zur Folge gehabt, daß vor Jahresfrist die Regierung sich mit der Frage beschäftigte, ob und inwieweit eine gesetzliche Regelung des Tarifvertrags notwendig und möglich sei. Das Resultat war allerdings gleich null, aber die Tatsache an sich zeigt die Wichtigkeit, die solchen Verträgen selbst in Regierungskreisen beigelegt wird. Auf der vorjährigen Tagung des "Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands" haben sich auch unsere Unternehmer mit der Tarifvertragsfrage beschäftigt. Das Referat hierzu war dem juristischen Vertreter der Süßler Farbfabrikanten, Justizrat Häuser, übertragen. Seine Ausführungen passten sich den Wünschen der Unternehmer durchaus an. Der Referent besagt, daß der im vorigen Jahrhundert zur Anerkennung gelangte Grundsatz: die Regelung des Arbeitsverhältnisses zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und ihren Arbeitern erfolgt durch freie Uebereinkunft, heute nur noch bedingte Geltung habe. Zahlreiche Schranken seien in neuerer Zeit der Vertragsfreiheit durch gesetzliche Vorschriften gezogen, z. B. Bestimmungen über Sonntagsarbeit, Beschäftigung der Frauen jugendlicher Personen usw. Herr Justizrat Häuser ist also noch immer Anhänger der monarchischen Theorie von der "Freiheit des Arbeitsvertrages"; er ist reichlich 100 Jahre zu spät geboren. Seine Ausführungen gipfeln in dem Satz: für die chemische Industrie keine Tarifverträge! Und die Gründe dafür? Durch den Tarifvertrag begibt sich der Unternehmer des Rechts, je nach den wechselnden Bedürfnissen die Löhne festzusetzen, außerdem erhält die Arbeiterchaft ein Mitbestimmungsrecht. Hiermit entpuppt sich der Jantatler der monarchischen Freiheit als ein Anhänger der Fabrikschpotie, die im Arbeiter nicht den freien, gleichberechtigten Kontrahenten des Arbeitsvertrages, sondern den willenlosen Sklaven sieht. Nach diesem Saltomortale erklärte der Referent, daß der Tarifvertrag einen Aufschwung nur im Kleinhandwerk genommen habe, nicht aber in der Großindustrie. Nach dieser mehr willkürlichen als richtigen Konstatierung meinte er, daß der Unternehmer mit Gewerkschaften, welche mit der Sozialdemokratie patieren, überhaupt nicht verhandeln könne, weil die Sozialdemokratie die Beseitigung der heutigen Gesellschaftsordnung erstrebe. Die Angstmeierei eines Speißbürgers vor der Sozialdemokratie ist immerhin begreiflich, wenn aber Justizrat Häuser derartige Argumente zur Begründung seines ablehnenden Standpunktes gegen Tarifverträge braucht, dann sollte er vorsichtiger sein, damit nicht dieses Argument durch ein andres, das uns eher als ablehnender Grund der Unternehmer einleuchtet, aufgetrieben wird. Er führte weiter aus:

"Der Tarifvertrag soll für seine Dauer ruhige und stabile Arbeitsverhältnisse dem Unternehmer gewährleisten. Dies ist zunächst nur dann richtig, wenn Garantien bestehen, daß der Tarifvertrag von der Arbeiterchaft auch gehalten wird. Nun hindert der Tarifvertrag nicht den einzelnen Arbeiter, die Arbeit aufzugeben; unter sagt ist ihm nur, in Widerspruch zu dem Tarifvertrage stehende Lohnforderungen an den Arbeitgeber zu stellen. Wenn nun aber in Zeiten von günstiger Konjunktur, in denen ein Mangel an Arbeitskräften sich geltend macht, die Arbeiter bei einer Firma austreten und anderswo Arbeit suchen, was dann? Eine direkte Verletzung des Tarifvertrages liegt nicht vor, aber für den betreffenden Unternehmer wirkt ein solches Vorgehen doch wie ein Ausstand. Er muß trotz des Tarifvertrages höhere Löhne bewilligen." Nach Häuser würde sich die chemische Industrie vielleicht zum Abschluß von Tarifverträgen, selbst mit freien Gewerkschaften, herbeilassen, wenn mit Abschluß derselben die Freizügigkeit der Arbeiter aufgehoben würde. Die chemische Industrie, die mit ihren staubigen und giftigen Betrieben an die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Arbeiter große Anforderungen stellt, ihnen vielfach eelerregende Arbeiten zumutet, hat allerdings auch während guter Konjunktur einen starken Arbeiterwechsel, der durch Zahlung niedriger Löhne erheblich verstärkt wird. Diesen Wechsel wird eine tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen zwar nicht beseitigen, aber herabmildern können. Der Arbeiterwechsel ist kein Grund gegen, sondern für Tarifverträge. Einen weiteren Grund formuliert Häuser so: "Die Großindustrie kann sich auf solche Kompromisse nicht einlassen; sie muß in der Lage sein, jeden technischen Fortschritt sofort und in vollem Maße auszunutzen zu können, wenn anders sie ihre Stellung auf dem Weltmarkt in dem Kampfe mit der ausländischen Industrie behaupten will." Das ist die alte abgedroschene Phrase von der Erschwerung des technischen Fortschritts und der Ausnutzung des Marktes. Gerade die chemische Industrie mit ihrer alles beherrschenden Stellung auf dem Weltmarkt und ihrer alles überflügelnden Rentabilität sollte derartige windige Argumente am wenigsten vorbringen. Technische Fortschritte bedingen wohl eine Aenderung der Arbeitsmethoden, aber doch nicht eine Herabsetzung der Arbeitslöhne.

Nach Darlegung der Gründe für seine grundsätzlich ablehnende Haltung befaß sich der Referent darauf, daß die Entwicklung eigentlich schon über seine Gründe hinweggeschritten ist. Er trug deshalb noch folgendes Sin-und-Ser über die eventuelle Dauer der Tarife vor:

"Langfristige Verträge bieten die Möglichkeit, häufige Benutzungen der Industrie zu vermeiden, jedoch sei wegen der öfteren Aenderung von Produktionsverfahren eine kurze Tarifdauer, vielleicht ein Jahr, in der Großindustrie das Beste; dadurch würde aber den Gewerkschaften öfter Gelegenheit gegeben,

Lohnforderungen zu stellen und zum Streit zu greifen, andernfalls würde der Unternehmer versuchen, nach seiner Ansicht zu Unrecht gemachte Bewilligungen wieder rückgängig zu machen."

Die Gewerkschaften haben noch immer betont, daß der Streit als alleräußerstes Mittel angewandt würde, sie haben regelmäßig bewiesen, daß gerade sie bei Lohnbewegungen immer wieder zu berechtigten Forderungen mit Ausperrungen geantwoortet. Besonders die chemische Industrie hat jahrelang, man kann sagen seit ihrem Bestehen, uneingeschränkte Ausbeuterfreiheit gehabt. Die Unternehmer diktierten die Lohn- und Arbeitsbedingungen, und sie fanden, besonders bei schlechter Konjunktur, genügend willige Arbeitsobjekte. Aber auch im Sommer, also bei guter Konjunktur, hob sich der Durchschnittslohn dieser Industrie nicht über das allgemeine ortszübliche Lohnniveau. Wenn jetzt die chemischen Arbeiter durch die unausgesetzte Aufklärungsarbeit des Fabrikarbeiter-Verbandes dahin streben, sich durch Tarifverträge bessere Arbeitsbedingungen zu erringen und sich gegen plötzliche Lohnabzüge und andre Verschlechterungen für eine bestimmte Zeit zu schützen, so ist dies, vom Standpunkt des objektiven Beobachters betrachtet, sehr leicht begreiflich. Auch der Einwand des Referenten, daß in Großbetrieben mehrere Berufe vertreten sind und es infolgedessen schwierig sei, alle unter einen Hut zu bringen, erweist sich in der Praxis nicht als stichhaltig. Der letzte Einwand Häusers: "Die chemische Industrie kann ihre Weltstellung nur dann aufrecht erhalten, wenn sie in der Lage ist, ungenemmt von hindernden Einflüssen jeden technischen Fortschritt alsbald sich zu eigen zu machen und voll auszunutzen", ist schon oblen erledigt. Hier sei nur noch bemerkt, daß die technischen Fortschritte als neue Verfahren meist Patentschutz genießen und infolgedessen dem Betriebe nach kurzer Zeit ungeheure Gewinne bringen, weil jede preisdrückende Konkurrenz fehlt. Nach Ablauf des gesetzlichen Schutzes wird der Preis des Artikels, falls er noch marktfähig ist, durch Fusionen, Syndikate und Kartelle gesenkt, die wiederum die Profitrate am Sinken verhindern. Die chemische Industrie hat am allerwenigsten unter Konkurrenz zu leiden, da die Produktionsmethoden nur durch wissenschaftlich gebildete Forscher geleitet und verbessert werden können, was auf andre Branchen nicht immer zutrifft.

Es ist klar, daß die versammelten Unternehmer in ihrer Majorität mit dem Referenten einverstanden waren. Die Scharmacher im miniatüre, Goldschmid-Essen und Steche, bekräftigten ganz besonders die Ausführungen Häusers. Beweise aus der Praxis blieben alle schuldig, weil Tarifverträge in ihren Betrieben respektive bei ihren Arbeitgebern nicht bestehen. Nur eine Stimme aus der Praxis fand sich. Herr Harland erklärte sich im Prinzip mit den Ausführungen Häusers einverstanden, meinte aber, daß er mit einem Tarifvertrage in seinem Betriebe seit 4 Jahren gute Erfahrungen gemacht habe. Die Arbeiter hätten die Bestimmungen innegehalten. Auf Grund seiner Erfahrungen sei es nicht möglich, in jedem Falle dem Abschluß eines Tarifvertrages feindlich gegenüber zu stehen! Es ist erklärlich, daß der eine weiße Hafe unter den Versammelten nicht viel Gehör fand. Wir werden also in Zukunft vielleicht mit einem noch größeren Widerstand gegen Tarifverträge bei den chemischen Industriellen zu rechnen haben. Die Statistik unseres Verbandes über die abgeschlossenen Tarifverträge beweist aber auch für die chemische Industrie eine stetig fortschreitende Besserung. Waren 1907 nur 18 Tarifverträge in dieser Industrie vorhanden, so stieg die Zahl der Tarife 1909 auf 29 in 29 Betrieben mit 2923 Personen, 1910 auf 44 Tarife in 44 Betrieben mit 4356 Personen. Auf jeden tariflich geregelten Betrieb der chemischen Industrie kamen im Durchschnitt 100 beschäftigte Personen. Bei diesem Resultat haben wir gar keine Ursache, Ausführungen des Herrn Häuser tragisch zu nehmen. Auch die nicht tariflich festgelegten Verbesserungen, die im verfloffenen Jahre errungen wurden, beweisen, daß es vorwärts geht auch in der chemischen Industrie.

Einige Fragen drängen sich bei Durchsicht des Häuser'schen Referats auf: Hatten die chemischen Unternehmer in ihren Reihen keinen einzigen Menschen, der über Tarifverträge mehr wußte als einige abgeleierte Schlagworte? Ist nicht einer der Herren darunter, der praktische Erfahrungen zusammenfassend und darlegend kann? Muß ein weltfremder Justizrat über eine Frage reden, die er vielleicht juristisch, möglicherweise auch noch theoretisch, behandeln kann, von deren sozialer und volkswirtschaftlicher Bedeutung er aber so gut wie nichts weiß? Oder wollten die Großunternehmer der chemischen Industrie gerade diese einseitigen Ausführungen, um gegen Tarifverträge Stimmung machen zu können?

### Oberschlesisches Giftbüttenfeld.

Einer der reichsten Industriemagnaten Oberschlesiens ist der Fürst von Hohenlohe mit einem Vermögen von ca. 150 Millionen Mark. Als Mitaktionär zahlreicher Gruben und Hüttenwerke hat dieser Herr guten Grund, die bestehende Gesellschaftsordnung als göttliche zu betrachten. Ganz anders liegen die Dinge bei den in den Hohenlohe-Werken beschäftigten Arbeitern. Wir möchten hiermit in Kürze auf das Schicksal hinweisen, das welchem dieser Herr zu seinem Reichtum gelangte. Als Probe diene uns ein Betrieb der Hohenlohe-Werke, und zwar die Johanna-Hütte (Blenderstaustalt und Fabrikation von Schwefelsäure), in welcher gegen 200 Arbeiter beschäftigt werden. Bei einer 10 1/2 stündigen Arbeitszeit erreichen die Blenderöfter einen Verdienst von 4-6 Mk. täglich. Dieser mag wohl im ersten Augenblick als ein verhältnismäßig hoher angesehen werden; dem ist jedoch nicht so. Durch das Rosten der Blende (eine Art Schwefelblei) entwickelt sich Gas, welche durch geeignete Apparate zur Schwefelsäure veredelt werden. Mit einem ca. 50 Kilogramm schweren Küßchen, sog. Freidreh, muß diese Blende derart durch gearbeitet werden, daß sie nur noch einen Schwefelgehalt von höchstens zwei Prozent aufweist. Um diesen Prozentsatz und oben erwähnten Tagesverdienst (Arbeitslohn für 50 Kilogramm geröstete Blende 24 Stk.) zu erreichen, müssen die dabei beschäftigten Arbeiter eine solche Arbeit ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit aufwenden, daß die gefährlichsten und kräftigsten unter ihnen in kürzester Zeit am Ende ihrer Kräfte angelangt sind. Die Dinstschürer verdienen bei einer 10 1/2 stündigen Arbeitszeit 3,25 Mark pro Tag. Nicht mehr als drei Schaufeln Kohle dürfen auf einmal angelegt werden; bei Mehrverbrauch riskiert man die jährlichen Anknäuel. Jeden 4. Sonntag muß eine 24stündige Doppelschicht geleistet werden. Die Ventilation ist dort verhältnismäßig mangelhaft, daß man oft bei Staub und Geruch die Augen nicht öffnen kann. Hierzu kommt noch die Anstrengung der Meister. Und wie sieht es mit den Arbeiterentlohnungen aus? Für die 200 Arbeiter sind nur 8 Babzellen vorhanden. Das Baden ist während der Arbeitszeit nicht gestattet. Nur ein kleiner Teil der Arbeiter kann deshalb der Wohlthat eines gesunden Bades teilhaftig werden. Die Abortanlagen sind von der Arbeitsstelle soweit entfernt, daß sich die erhiteten Arbeiter bei stülmem Wetter oft der Erläuterung aussetzen, wenn sie diese aufsuchen müssen. Spinde zum Aufbewahren der Nahrungsmittel fehlen ganz, ebenso Seife zum Waschen.

Überaus traurig sind deshalb auch die Folgen solch mangelhafter Einrichtungen. Kein einziger Arbeiter ist instande, sämtliche Schichten im Monat zu verfahren, da der überarbeitete, vergiftete Organismus (Krankheiten der Schleimhaut der Atmungsorgane, Blutungen, Verbauungsförungen usw. sind an der Tagesordnung) den an ihn gestellten Anforderungen nicht gerecht werden kann. Man muß diese ausgemergelten, hochblätigen Gestalten gesehen haben, um den ganzen Jammer ihres Kampfes ums Dasein zu würdigen. An Krankenunterstützung gibt es laut Statut 2,50 Mk. pro Tag. Da jedoch die Arbeiter verpflichtet sind, bei Krankheitsfällen im Hütten-Lager Aufnahme zu suchen, so erhalten sie dann in Wirklichkeit nur die Hälfte, also 1,25 Mk. pro Tag, Krankengeld. Letzteres reicht für den Unterhalt einer Familie unmöglich aus, der Arbeiter muß, ohne richtig geholt zu sein, von neuem seine Tätigkeit in dem giftgeschwängerten Betriebe aufnehmen. Damit durch die häufigen Erkrankungen keine Betriebsföhrung erfolgt, hält man sich eine kleine Fejzearmee zur Verfügung, welche die Arbeit an den unbesetzten Oefen ausführt. Die überzähligen Arbeiter werden ganz einfach nach Hause geschickt; unentgeltliches Ausbleiben von der Arbeit aber wird mit Geldstrafen bis zu 2 Mk. belegt. Wie man sieht, ist alles so vorriesslich eingerichtet, daß die Aktionäre gegen jede Profitstärkung gesichert sind. Die überzähligen Arbeiter bilden stets ein Reservoir für eventuelle freihetliche Regungen ihrer klassenbewußten Arbeitsgenossen. Wagt es jemand, sich zu beschweren, dann heißt es: "Wenn nicht paßt, der laun gehen!"

Diese Probe möge für diesmal genügen; über die vorhandenen "Wohlfahrts-Einrichtungen" ein andermal. Berücksichtigt man all dieses, so erscheint es einem natürlich nicht verwunderlich, daß es möglich ist, solch ungeheure Reijerprofite aus den Knochen der Arbeiter herauszuschinden. Und wie in den Hohenlohe-Werken, so sieht es auch in den übrigen ober-schlesischen Giftbütten aus. Dank der Unaufgclärtheit der Massen, dank der Bekämpfung der Arbeiterbewegung seitens der Scharmacher und Pfaffen können sich 6 Goldfürsten Oberschlesiens in ein Vermögen von über 500 Millionen Mark teilen. Und natürlich sind es gute Christen, welche ihre Glaubensgenossen auf solch schredenerregende Weise ausbeuten. Überschließen ist nicht nur das Land der Pilger und Uthemanauer, nein es ist auch das Land des Rosentranges und der Schnapspulle. Trotzdem oder viellecht gerade deswegen sind die Sicherheitszustände derartige, daß das Schwurgericht in Wuthen (O.-Schl.) im Jahre 1910 auf 1 Todesurteil, 152 Jahre und 9 Monate Zuchthaus und auf 117 Jahre und 10 Monate Gefängnis erkennen mußte. Kulturbilder! Wer trägt die Verantwortung dafür?

Aus diesem Grunde faßt der Aufklärungs- und Organisationsgebände unter den Arbeitern nur sehr schwer Boden. Das soll und darf aber kein Grund für uns sein, in der Agitation für unsern Verband nachzulassen. Grund wie vor rufen wir den ausgebeuteten Blendern und Giftproleten zu: "Sinein in den deutschen Fabrikarbeiterverband! Organisiert euch und erkämpft euch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen! Verzejigt das Wort: Vereint sind auch die Schwachen mächtig!"

### Wieder eine folgenschwere Zelluloidkatastrophe.

Am 12. Januar wurde, wie wir schon in der vorigen Nummer des "Proletariers" berichteten, in der Petitionskommission des Reichstags die gemeinsame Eingabe des Fabrikarbeiter-, Holzarbeiter- und Buchbinderverbandes behandelt, in der um Erlaß von Bundesratsvorschriften zum Schutze der Zelluloidarbeiter ersucht wird. Die Unternehmer erklärten sich gegen den Erlaß derartiger Verordnungen für das Reich; die ministeriellen Grundsätze für die gewerbepolizeiliche Ueberwachung von Zelluloidbetrieben reichten vollständig aus. In dasselbe Horn tutele der frühere Gewerberat und jetzige Regierungsvertreter Dr. Leymann. Nun hat wieder ein größeres Unglück die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der Materie bewiesen. In einem Nebengebäude der Kam- und Zelluloidwarenfabrik von Brunhuber u. Ko. in Raumburg ereignete sich am 14. Januar abends eine Explosion, durch die zahlreiche Personen schwer verletzt wurden. Beim Verlöten einer mit Zelluloid angefüllten Blechfiste, die für den Seetransport bestimmt war, entstand eine Explosion, die so heftig war, daß das Dach des Gebäudes emporgeschleudert und eine Seitenwand herausgesprängt wurde. Zwischen den Trümmern lagen wimmernde Menschen. Von fünfzehn Personen, die in diesem Raum gewerkt hatten, sind vierzehn sehr schwer verletzt. Einzelne haben entsetzliche Brandwunden im Gesicht und an den Armen davongetragen. Besonders furchtbar hat das Unglück einen Arbeiter getroffen, der schon vor Jahren bei einem Unfall einen Arm verloren hatte und nun auch den anderen einbüßen wird. Die größte Befürchtung war, daß der Brand auf die angrenzende Fabrik und das umfangreiche Zelluloidlager übergreifen könnte, doch wurde dies durch das energische Eingreifen der Feuerwehr verhindert. Das Gebäude, in dem sich die Pack- und Kontorräume befanden, ist gänzlich ausgebrannt. Die Fabrik selbst ist in ihrem Betriebe nicht gestört. Obgleich die Brandwunden der Verletzten sehr schwer sind, hofft man doch, alle Personen am Leben erhalten zu können.

Das entsetzliche Unglück hätte nicht einen solchen Umfang annehmen können, wenn der Raum, in dem die Verlöftung stattfand, allein gelegen und nur eine oder zwei Personen darin beschäftigt worden wären. Es fragt sich, ob für so feuergefährliche Waren unbedingt eine Verlöftung für den Seetransport notwendig ist.

Wenn der Regierungsvertreter in der Petitionskommission auch betonte, daß der Erlaß der Bundesratsverordnung deshalb nicht gut sei, weil dann mehr schematisiert werden müsse, so ist dem entgegenzuhalten, daß es bei den vielen Ländern und Ländern Deutschlands ganz gut möglich ist, in durchgreifender Weise etwas Einheitliches zu schaffen für gewerbliche Betriebe, welche Zelluloid herstellen, verarbeiten und lagern. Leymanns Exemplifikation auf die Hausindustrie kann hierbei nicht als Grund gegen eine Bundesratsverordnung in dieses Feld geführt werden, weil auch durch ministerielle Erlasse für dieselbe nicht mehr erreicht würde. Hier kann nur gänzlich Verbot der Heimarbeit wirken. Der ministerielle Erlaß, der "Grundsätze" für die Zelluloidfabriken Preußens enthält, ist nur eine allgemeine Anweisung an die Polizeiverwaltungen, diesen wird ausdrücklich durch das Begleit Schreiben des Ministers gesagt, daß sie sich nicht an den Wortlaut des Erlasses der Grundsätze zu halten brauchen. Fraglich ist es, ob die andern deutschen Bundesstaaten derartige Grundsätze beachten und entsprechende Verordnungen erlassen. Diese Argumente wurden in der Kommission mit Recht dem Regierungsvertreter vorgehalten. Die Forderungen der Petenten haben durch das neue Unglück aber stärkeren Rückhalt erfahren, so daß jedenfalls noch eine Erweiterung der Forderungen die Folge sein wird.

Alzu scharf macht scharig.

Die Süddeutschen Kachelwerke, Fabrik Industriehofen, in Mannheim haben in dem Herrn Mysola einen neuen Betriebsleiter erhalten...

Die Verhängung der Firma Goldschmidt.

In der Verhängung der Firma Goldschmidt in der vorigen Nummer des „Proletariats“ steht unter Gewährsmann:

Zement- und Ziegel-Industrie Die Portlandzement-Industrie in Bayern.

In Bayern hat die Portlandzement-Industrie verhältnismäßig früh ihren Anfang genommen. Um 1857 ist in der oberpfälzischen Gegend...

Prozent an den Aufsichtsrat (mindestens aber 2000 M pro Mitglied), der Rest fließt dann zur Erhöhung der Dividende...

2. Portlandzementfabrik Karlsruhe. 3. Portlandzementfabrik Regensburg. 4. Vereinigte Zementwerke Reichenberg. 5. Portlandzementwerke „Bitterau“ bei Langfurt a. Main. 6. Portlandzementfabrik Karl Sebald-Mürnberg. 7. Portlandzementfabrik „Bavaria“ in Berching, Altengrund.

fähig gehalten werden müssen. Wenn wurde deshalb zu einer Geldstrafe von 30 M und sein Zieglmester zu 20 M verurteilt.

Table listing various cement and brick companies with their production and employee counts. Includes companies like Steinzeugfabrik Grünstadt, Kaerlicher Tonwerke, etc.

Papier-Industrie

+ Wiffige Unternehmer. Die amerikanischen Unternehmer geben den deutschen nichts nach in dem Streben nach mehr Profit.

Caletou N.Y., 28. November 1910. Geheiter Herr!

Wir wollen einen Plan versuchen, nach welchem die Angeestellten dieser Fabrik ihren Lohn erhöhen können. Wir hoffen, daß mit Ihrer Hilfe der Beteiligungsplan uns allen Vorteil bringen wird.

- 1. Benützen Sie sich, die Ware müßiger zu machen, damit kein Schaden durch Annahmeverweigerung entsteht. 2. Denken Sie daran, daß Sie ebenso für sich wie für uns arbeiten.

Sehr ergeben gezeichnet: Emmons Bryant, Vorsitzender.

Die Form ist zu loben. In Deutschland würde kein Unternehmer seine Arbeiter mit „Geheiter Herr“ anreden und ein Schreiben an diese Art schicken.

- Noch einmal das Unglück in Rebenfeldern.

Wir erhalten noch folgende Zuschrift über das Unglück: In der Papierfabrik war nicht einmal ein Verband vorhanden. Wenn nicht der Kommissar Herr Schmeier zufällig Verbandsgeld gehabt hätte...